

Jahresabschluss und zusammengefasster Lagebericht 2025
der Drägerwerk AG & Co. KGaA

Inhalt

Zusammengefasster Lagebericht der Drägerwerk AG & Co. KGaA	3
Jahresabschluss der Drägerwerk AG & Co. KGaA	4
Gewinn- und Verlustrechnung – 1. Januar bis 31. Dezember	4
Bilanz zum 31. Dezember	5
Anhang der Drägerwerk AG & Co. KGaA 2025	6
Allgemeine Erläuterungen	6
Erläuterungen zur Gewinn- und Verlustrechnung	10
Erläuterungen zur Bilanz	15
Sonstige Angaben	27
Angaben zur Vergütung	29
Honorar des Abschlussprüfers	30
Wesentliche direkte und indirekte Beteiligungen der Drägerwerk AG & Co. KGaA	31
Nachtragsbericht	34
Organe der Gesellschaft	35
Erklärung der gesetzlichen Vertreter	41
Bestätigungsvermerk	42
Impressum	49

Mögliche Rundungsdifferenzen können im vorliegenden Geschäftsbericht zu geringfügigen Abweichungen führen.

Im Interesse der besseren Lesbarkeit wird in den Texten nur die männliche Form verwendet.

Dieser Bericht ist auch in englischer Sprache verfügbar. Im Zweifelsfall ist die deutsche Version maßgeblich.

Zusammengefasster Lagebericht der Drägerwerk AG & Co. KGaA

Der Lagebericht der Drägerwerk AG & Co. KGaA und der Lagebericht des Dräger-Konzerns gemäß § 315 Abs. 5 HGB werden zusammengefasst und im Konzern-Geschäftsbericht veröffentlicht. Der mit dem Konzernlagebericht zusammengefasste Lagebericht der Drägerwerk AG & Co. KGaA und der Jahresabschluss für das Geschäftsjahr 2025 werden an den Betreiber des Unternehmensregisters übermittelt und im Unternehmensregister offengelegt.

Jahresabschluss der Drägerwerk AG & Co. KGaA

Gewinn- und Verlustrechnung Drägerwerk AG & Co. KGaA - 1. Januar bis 31. Dezember

in Tsd. €	Anhang	2025	2024
Umsatzerlöse	5	1.207.396	1.113.322
Verminderung des Bestands an fertigen und unfertigen Erzeugnissen		-1.630	-940
Andere aktivierte Eigenleistungen		1.682	2.732
Sonstige betriebliche Erträge	6	88.984	91.367
Materialaufwand	7	-656.585	-601.386
Personalaufwand	8	-344.748	-327.644
Abschreibungen	9	-27.188	-29.108
Sonstige betriebliche Aufwendungen	10	-321.560	-340.974
Erträge aus Beteiligungen	11	2.950	13.019
Erträge aus Ergebnisabführungsverträgen	12	277.545	145.608
Erträge aus Ausleihungen des Finanzanlagevermögens	13	453	2.816
Abschreibungen auf Finanzanlagen	14	-28.678	-22.053
Aufwendungen aus Verlustübernahme aufgrund von Ergebnisabführungsverträgen		-3	-
Zinsergebnis	15	-4.586	-4.333
Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	16	-42.974	40.791
Ergebnis nach Steuern		151.057	83.216
Sonstige Steuern		-375	-537
Jahresüberschuss		150.682	82.679
Gewinnvortrag		417.609	372.404
Bilanzgewinn	28	568.291	455.082

Bilanz Drägerwerk AG & Co. KGaA

in Tsd. €	Anhang	31. Dezember 2025	31. Dezember 2024
Aktiva			
Immaterielle Vermögensgegenstände	18	5.967	4.495
Sachanlagen	19	216.400	223.997
Finanzanlagen	20	692.343	780.924
Anlagevermögen		914.710	1.009.417
Vorräte	21	165.986	175.398
Forderungen aus Lieferungen und Leistungen	22	32.380	21.701
Übrige Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	22	632.762	467.224
Guthaben bei Kreditinstituten		81.102	56.013
Umlaufvermögen		912.230	720.336
Rechnungsabgrenzungsposten	23	14.051	15.954
Aktive latente Steuern	24	166.830	201.159
Summe Aktiva		2.007.821	1.946.865
Passiva			
Gezeichnetes Kapital		48.026	48.026
Nennbetrag eigener Anteile		-	-142
Ausgegebenes Kapital	25	48.026	47.884
Kapitalrücklage	26	311.734	311.734
Gewinnrücklagen	27	198.450	196.798
Andere Gewinnrücklagen		198.450	196.798
Bilanzgewinn	28	568.291	455.082
Eigenkapital		1.126.501	1.011.498
Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen		131.128	152.212
Übrige Rückstellungen		99.335	105.828
Rückstellungen	29	230.464	258.040
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten		250.000	253.462
Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen		89.698	93.722
Sonstige Verbindlichkeiten		308.671	326.993
Verbindlichkeiten	30	648.368	674.177
Rechnungsabgrenzungsposten	31	2.487	3.150
Summe Passiva		2.007.821	1.946.865

Anhang der Drägerwerk AG & Co. KGaA 2025

Allgemeine Erläuterungen

1 Allgemeine Angaben

Die alleinige persönlich haftende Gesellschafterin der Drägerwerk AG & Co. KGaA ist die Drägerwerk Verwaltungs AG, Lübeck, die keine Anteile hält. Das gezeichnete Kapital der Komplementärin beträgt 1,0 Mio. EUR.

Die Drägerwerk AG & Co. KGaA mit Sitz in der Moislinger Allee 53 – 55, 23558 Lübeck, Deutschland, ist unter dem HR B 7903 HL im Registergericht Lübeck registriert und stellt als kapitalmarktorientiertes Unternehmen einen Konzernabschluss für den kleinsten Konsolidierungskreis auf. Die persönlich haftende Gesellschafterin der Drägerwerk AG & Co. KGaA ist die Drägerwerk Verwaltungs AG, Lübeck. Die Drägerwerk Verwaltungs AG stellt gleichzeitig das oberste Mutterunternehmen dar, deren Konzernabschluss im Unternehmensregister veröffentlicht wird. Stefan Dräger ist alleiniger Gesellschafter der Drägerwerk Verwaltungs AG.

Der Jahresabschluss der Drägerwerk AG & Co. KGaA wird nach den Vorschriften des Handelsgesetzbuchs (HGB) erstellt. Für die Gewinn- und Verlustrechnung wird das Gesamtkostenverfahren angewendet.

Um die Klarheit der Darstellung zu verbessern, sind verschiedene Posten der Bilanz sowie der Gewinn- und Verlustrechnung zusammengefasst; sie werden im Anhang gesondert ausgewiesen. Der Jahresabschluss wurde in Euro aufgestellt. Soweit nicht anders vermerkt, werden alle Beträge in Tausend Euro (Tsd. EUR) angegeben. Dadurch können Rundungsdifferenzen entstehen.

2 Corporate Governance

Die Entsprechenserklärung gemäß § 161 AktG der Drägerwerk AG & Co. KGaA ist abgegeben und den Aktionären zugänglich gemacht worden (siehe Geschäftsbericht des Dräger-Konzerns oder Internetseite www.draeger.com, Rubrik Investor Relations / Corporate Governance).

3 Währungsumrechnung

Vermögensgegenstände und Verbindlichkeiten in fremder Währung werden mit dem am Tage des Geschäftsvorfalles gültigen Devisenkurs erfasst.

Zum Bilanzstichtag werden Vermögensgegenstände und Verbindlichkeiten in Fremdwährung mit dem Devisenkassamittelkurs bewertet, sofern sie eine Restlaufzeit von einem Jahr oder weniger aufweisen. Kursgewinne und -verluste aus dieser Umrechnung werden erfolgswirksam berücksichtigt. Bei Vermögensgegenständen und Verbindlichkeiten mit einer Restlaufzeit von über einem Jahr werden nur die Verluste aus Fremdwährungskursänderungen erfasst. Erträge und Aufwendungen aus der Währungsumrechnung werden im Anhang unter den sonstigen betrieblichen Erträgen und Aufwendungen ausgewiesen.

4 Bilanzierungs- und Bewertungsgrundsätze

Entgeltlich erworbene **Immaterielle Vermögensgegenstände** werden zu Anschaffungskosten, vermindert um planmäßige lineare Abschreibungen, bewertet. Dabei wird von einer Nutzungsdauer von zwei bis acht Jahren ausgegangen. Im Zugangsjahr erfolgt eine Abschreibung pro rata temporis. Selbst erstellte immaterielle Vermögensgegenstände des Anlagevermögens werden nicht aktiviert.

Gegenstände des **Sachanlagevermögens** werden zu Anschaffungs- oder Herstellungskosten, vermindert um planmäßige lineare Abschreibungen entsprechend der Nutzungsdauer, bewertet. In den Anschaffungskosten sind gemäß § 255 Abs. 1 HGB auch Anschaffungsnebenkosten sowie nachträgliche Anschaffungskosten unter Berücksichtigung von Anschaffungskostenminderungen enthalten. In die Herstellungskosten werden die Material-

und Fertigungseinzelkosten, die Sonderkosten der Fertigung sowie Material- und Fertigungsgemeinkosten in angemessenem Umfang und der Werteverzehr des Anlagevermögens, soweit dieser durch die Fertigung veranlasst ist, einbezogen. Forschungs- und Vertriebskosten werden nicht berücksichtigt. Geschäfts- und Fabrikgebäude werden längstens über 50 Jahre, Gebäudeeinbauten über längstens zehn Jahre, technische Anlagen und Maschinen über längstens acht Jahre, andere Anlagen, Betriebs- und Geschäftsausstattung überwiegend über zwei bis fünf Jahre, längstens über 15 Jahre abgeschrieben.

Geringwertige Wirtschaftsgüter mit einem Wert bis 250 EUR werden sofort aufwandswirksam erfasst. Geringwertige Wirtschaftsgüter mit einem Wert von 250,01 EUR bis zu 800 EUR werden als Zugang erfasst, voll abgeschrieben und im gleichen Geschäftsjahr als Abgang berücksichtigt. Zugänge im Rahmen von Umwandlungsvorgängen werden zu Buchwerten erfasst.

Im **Finanzanlagevermögen** werden die **Anteile an verbundenen Unternehmen und Beteiligungen** mit den Anschaffungskosten beziehungsweise bei voraussichtlich dauernder Wertminderung mit dem niedrigeren beizulegenden Wert angesetzt. Von einer dauerhaften Wertminderung wird in der Regel ausgegangen, wenn in zwei aufeinander folgenden Jahren ein geringerer beizulegender Zeitwert ermittelt wird. Der niedrigere Wertansatz wird nicht beibehalten, wenn die Gründe dafür nicht mehr bestehen.

Unverzinsliche und niedrig verzinsliche **Ausleihungen** werden mit dem Barwert, marktüblich verzinsten Ausleihungen mit dem Nominalwert angesetzt. Abzinsungen werden als Abschreibungen und Aufzinsungen als Zuschreibungen im Anlagengitter ausgewiesen. Soweit der nach vorstehenden Grundsätzen ermittelte Buchwert von Gegenständen des Anlagevermögens über dem Wert liegt, der ihnen am Bilanzstichtag beizulegen ist, werden bei voraussichtlich dauernder Wertminderung außerplanmäßige Abschreibungen vorgenommen.

Kursgewinne beziehungsweise -verluste aus der Bewertung von auf fremde Währung lautenden Finanzanlagen werden in den sonstigen betrieblichen Erträgen beziehungsweise Aufwendungen ausgewiesen.

Bei den **Vorräten** werden die Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe und Handelswaren zu durchschnittlichen Anschaffungskosten oder den niedrigeren Stichtagswerten angesetzt. Die geleisteten Anzahlungen werden zum Nennwert erfasst. Die Bewertung der unfertigen und fertigen Erzeugnisse sowie der nicht abgerechneten Leistungen erfolgt zu Herstellungskosten; die durchschnittlichen Herstellungskosten umfassen die direkt zurechenbaren Einzelkosten für Material und Lohn, Material- und Fertigungsgemeinkosten sowie den Werteverzehr des Anlagevermögens. Bestandsrisiken, die sich aus der Lagerdauer und verringerter Verwertbarkeit ergeben, sind durch ausreichende Abwertungen berücksichtigt. Zinsen für Fremdkapital sind nicht Bestandteil der Herstellungskosten.

Die **Erhaltenen Anzahlungen** auf Bestellungen beziehungsweise Abschlagszahlungen auf bereits erbrachte, aber nicht abgerechnete Leistungen werden zum Nennwert erfasst und offen von den Vorräten abgesetzt.

Forderungen und Sonstige Vermögensgegenstände werden zum Nennwert unter Abzug erforderlicher Wertberichtigungen angesetzt. Dem allgemeinen Kreditrisiko wird durch Vornahme von pauschalen Wertberichtigungen ausreichend Rechnung getragen. Unverzinsliche beziehungsweise niedrigverzinsliche Forderungen mit Laufzeiten von mehr als einem Jahr werden abgezinst.

Derivative Finanzinstrumente werden mit dem beizulegenden Zeitwert unter Beachtung des Realisations- bzw. Imparitätsprinzip bewertet. Für derivative Finanzinstrumente mit einem negativen Zeitwert werden Drohverlustrückstellungen gebildet, wenn diese nicht in einer Bewertungseinheit sind. Liegt kein verlässlich ermittelbarer Marktwert vor, wird der beizulegende Zeitwert aus dem Marktwert gleichartiger derivativer Finanzinstrumente abgeleitet oder mithilfe allgemein anerkannter Bewertungsmethoden bestimmt. Hierzu zählen die Discounted-Cash-Flow-Methode (Barwertverfahren) und das Black-Scholes-Modell (beim Vorliegen von Optionen). Dabei stellen die verwendeten marktgerechten Zinsstrukturkurven und Wechselkurse die wichtigsten Einflussgrößen für die Modelle dar.

Guthaben bei Kreditinstituten werden zum Nennwert angesetzt.

Latente Steuern werden für zeitliche, sich in der Zukunft voraussichtlich umkehrende Unterschiede zwischen den handelsrechtlichen und steuerrechtlichen Wertansätzen von Anlage- und Umlaufvermögen, Rechnungsabgrenzungsposten, Rückstellungen und Verbindlichkeiten ermittelt. Dabei werden bei der Drägerwerk AG & Co. KGaA als Organträgerin nicht nur die Unterschiede aus den eigenen Bilanzpositionen einbezogen, sondern auch solche, die bei den Organgesellschaften bestehen. Zusätzlich zu den zeitlichen Bilanzierungsunterschieden werden steuerliche Verlustvorträge und Zinsvorträge berücksichtigt. Die Ermittlung der latenten Steuern erfolgt auf Basis des Ertragsteuersatzes des steuerlichen Organkreises der Drägerwerk AG & Co. KGaA. Die latenten Steuerabgrenzungen werden in Höhe der voraussichtlichen Steuerbelastung beziehungsweise -entlastung nachfolgender Geschäftsjahre gebildet. Die Bewertung erfolgt unter Anwendung der Steuervorschriften, die am Bilanzstichtag gelten oder gesetzlich verabschiedet worden sind und deren Geltung zum Zeitpunkt der Realisierung der latenten Steuerforderung beziehungsweise der Begleichung der latenten Steuerverbindlichkeit erwartet wird. Die jährliche Steuersatzsenkung des Körperschaftsteuersatzes in den Jahren 2028 bis 2032 um jeweils einen Prozentpunkt wurde berücksichtigt. Latente Steueransprüche aus Verlust- und Zinsvorträgen sowie aus zeitlichen Bilanzierungsunterschieden werden nur berücksichtigt, wenn ihre Realisierung innerhalb der nächsten fünf Jahre hinreichend gesichert erscheint.

Die **Pensionsverpflichtungen** werden versicherungsmathematisch unter Zugrundelegung biometrischer Wahrscheinlichkeiten (Richttafeln Heubeck 2018 G) nach dem Anwartschaftsbarwertverfahren (Projected-Unit-Credit-Methode) ermittelt. Zukünftig erwartete Gehalts- und Rentensteigerungen werden bei der Ermittlung der Verpflichtungen berücksichtigt. Der zugrunde gelegte Rechnungszins für die Auf- beziehungsweise Abzinsung der Pensionsverpflichtungen basiert auf dem von der Deutschen Bundesbank ermittelten und veröffentlichten durchschnittlichen Marktzinssatz der vergangenen zehn Geschäftsjahre für eine angenommene Restlaufzeit von 15 Jahren.

Die zum 1. Januar 2005 eingeführte betriebliche Altersversorgung für die deutschen Gesellschaften setzt sich aus drei Stufen – arbeitgeberfinanzierte Grundstufe, arbeitnehmerfinanzierte Aufbaustufe und arbeitgeberfinanzierte Zusatzstufe – zusammen. Der Versorgungsaufwand bei der arbeitgeberfinanzierten Grundstufe richtet sich nach dem Einkommen des Mitarbeiters. Im Rahmen der arbeitnehmerfinanzierten Aufbaustufe hat der Mitarbeiter die Möglichkeit, seinen Versorgungsanspruch durch Entgeltumwandlung zu erhöhen. Die Höhe des Versorgungsbeitrags in der arbeitgeberfinanzierten Zusatzstufe ist abhängig vom Mitarbeiterbeitrag im Rahmen der Entgeltumwandlung sowie vom Geschäftserfolg (EBIT) des Dräger-Konzerns.

Die Versorgungskonten der Mitarbeiter weisen bis zum 31. Dezember 2018 eine Mindestverzinsung in Höhe von 2,75 % auf. Ab dem 1. Januar 2019 wurde die betriebliche Altersversorgung angepasst. Die Anpassungen beziehen sich auf die garantierte Mindestverzinsung des Versorgungskapitals, die auf 0,9 % gesenkt wurde, sowie auf die aufgrund veränderter demografischer Rahmenbedingungen neu gefassten Verrentungsfaktoren zur Umrechnung des Versorgungskapitals in eine Pensionsleistung. Für das bis 2018 angesammelte Versorgungsguthaben und die darauf zukünftig anfallenden Zinsen gelten hinsichtlich der Höhe der Versorgungsanwartschaft die bisherigen Regelungen fort. Die finanziellen Mittel aus den Versorgungszusagen ab 2005 (inklusive der Änderungen ab 2019) werden in einem ausschließlich für Dräger aufgelegten Spezialfondsvermögen angelegt, das besonderen Verfügungsbeschränkungen unterliegt. Die Bewertung erfolgt zum beizulegenden Zeitwert; dieser wird mit den jeweils zugrunde liegenden Verpflichtungen verrechnet. Ergibt sich ein **Verpflichtungsüberhang**, wird dieser unter den Pensionsrückstellungen erfasst. Übersteigt der Wert des Deckungsvermögens die Verpflichtungen, erfolgt der Ausweis als **Aktiver Unterschiedsbetrag aus der Vermögensverrechnung**.

Die **Rückstellungen** werden so bemessen, dass sie alle bis zum Zeitpunkt der Aufstellung des Jahresabschlusses erkannten Risiken auf der Grundlage vorsichtiger kaufmännischer Beurteilung und ungewissen Verpflichtungen Rechnung tragen. Der Ansatz erfolgt in Höhe des nach vernünftiger kaufmännischer Beurteilung notwendigen Erfüllungsbetrags. Zukünftige Preis- und Kostensteigerungen werden berücksichtigt, sofern ausreichende objektive Hinweise für deren Eintritt vorliegen. Langfristige Rückstellungen werden mit dem ihrer Laufzeit entsprechenden, von der Bundesbank veröffentlichten Marktzinssatz abgezinst. Die Aufwendungen aus der Aufzinsung von Rückstellungen werden gesondert unter dem Posten **Zinsen und ähnliche Aufwendungen** ausgewiesen.

Verbindlichkeiten werden mit ihren Erfüllungsbeträgen angesetzt.

Der Wertansatz der **Haftungsverhältnisse** entspricht dem Umfang der möglichen Haftung am Abschlussstichtag. Bei Haftungsverhältnissen aus Bürgschaften und Gewährleistungsverträgen werden neben den verbürgten Höchstbeträgen die zum Bilanzstichtag tatsächlich in Anspruch genommenen Kreditbeträge vermerkt.

Die **Sonstigen finanziellen Verpflichtungen** aus Dauerschuldverhältnissen werden mit dem Nominalwert bewertet und vermerkt.

Erläuterungen zur Gewinn- und Verlustrechnung

5 Umsatzerlöse

Die Aufteilung der Umsatzerlöse nach Tätigkeitsbereichen und geografischen Regionen ist der nachstehenden Übersicht zu entnehmen:

Umsatzerlöse		
in Tsd. €	2025	2024
Produkte und Handelswaren ¹	711.543	627.449
Dienstleistungen ¹	495.853	485.873
Aufgliederung nach Geschäftsfeldern	1.207.396	1.113.322
Deutschland	299.355	290.648
Übriges Europa	329.524	274.947
Asien-Pazifik	246.279	221.145
Amerika	282.061	271.900
Sonstige (wie Afrika, Australien)	50.178	54.683
Aufgliederung nach Regionen (Absatzgebiete)	1.207.396	1.113.322

¹ Abweichende Sortierung von Geschäftsfeldern; Vorjahreswerte angepasst

Der überwiegende Teil der Umsatzerlöse resultiert aus Geschäften mit Tochtergesellschaften.

6 Sonstige betriebliche Erträge

Die sonstigen betrieblichen Erträge umfassten im Geschäftsjahr 2025 im Wesentlichen Erträge aus derivativen Finanzinstrumenten in Höhe von 29.671 Tsd. EUR (2024: 50.569 Tsd. EUR) und Erträge aus Währungsumrechnungen in Höhe von 23.656 Tsd. EUR (2024: 13.543 Tsd. EUR). Des Weiteren waren im Geschäftsjahr 2025 in den sonstigen betrieblichen Erträgen periodenfremde Erträge in Höhe von 7.267 Tsd. EUR (2024: 4.505 Tsd. EUR) enthalten. Diese entfielen im Wesentlichen auf die Auflösung von Rückstellungen und die Auflösung von Wertberichtigungen.

7 Materialaufwand

Materialaufwand		
in Tsd. €	2025	2024
Aufwendungen für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe und für bezogene Waren	-537.128	-501.697
Aufwendungen für bezogene Leistungen	-119.457	-99.689
Materialaufwand	-656.585	-601.386

8 Personalaufwand/Mitarbeiter

Personalaufwand/Mitarbeiter		
in Tsd. €	2025	2024
Gehälter	-297.265	-280.645
Soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und für Unterstützung	-47.483	-46.999
davon für Altersversorgung	5.610	572
Personalaufwand	-344.748	-327.644
Mitarbeiter im Jahresdurchschnitt	3.283	3.181
Produktionsbereich ¹	593	592
Sonstige Bereiche	2.690	2.589
Mitarbeiter zum Stichtag	3.332	3.238
Produktionsbereich ¹	597	591
Sonstige Bereiche	2.735	2.647

¹ Unter dem Begriff »Produktionsbereich« sind die Einzelfunktionen Fertigung, Service und Außenmontage zusammengefasst.

Die als Aufwand erfassten sonstigen Aufwendungen für Altersversorgung betragen 267 Tsd. EUR (2024: 77 Tsd. EUR). Die Beträge für die Altersversorgung sind aufgrund der Zinsentwicklung der Pensionen als Ertrag ausgewiesen.

9 Abschreibungen

Die Abschreibungen auf immaterielle Vermögensgegenstände des Anlagevermögens und auf Sachanlagen sind von 29.108 Tsd. EUR im Jahr 2024 auf 27.188 Tsd. EUR im Jahr 2025 und damit um 1.920 Tsd. EUR gesunken. Die Abschreibungen beinhalten außerplanmäßige Abschreibungen in Höhe von 1.041 Tsd. EUR (2024: 1.246 Tsd. EUR).

10 Sonstige betriebliche Aufwendungen

Die sonstigen betrieblichen Aufwendungen enthalten im Wesentlichen spezielle Aufwendungen des Vertriebs und Verwaltungskosten wie Mieten, Pachten, Versicherungsprämien, Beiträge, Honorare, öffentliche Abgaben, Reisekosten, Zuführungen zu Rückstellungen, Belastungen von Konzerngesellschaften sowie Verluste aus dem Abgang von Gegenständen des Anlagevermögens. Der Rückgang des sonstigen betrieblichen Aufwands im Geschäftsjahr 2025 in Höhe von 19.415 Tsd. EUR ist hauptsächlich auf die verringerten Vertriebsaufwendungen in Höhe von 151.209 Tsd. EUR (2024: 161.149 Tsd. EUR) und der Fremdleistungen in Höhe von 56.825 Tsd. EUR (2024: 57.389 Tsd. EUR) zurückzuführen.

Ebenfalls verringerten die gesunkenen Aufwendungen aus derivativen Finanzinstrumenten von 31.145 Tsd. EUR (2024: 42.845 Tsd. EUR) den betrieblichen Aufwand. Dagegen stiegen die Aufwendungen aus Währungsumrechnungen in Höhe von 26.413 Tsd. EUR (2024: 23.636 Tsd. EUR).

11 Erträge aus Beteiligungen

Erträge aus Beteiligungen		
in Tsd. €	2025	2024
Erträge aus Beteiligungen	2.950	13.019
davon aus verbundenen Unternehmen	2.321	12.347

12 Erträge aus Ergebnisabführungsverträgen

Die Erträge aus Ergebnisabführungsverträgen setzen sich im Wesentlichen aus den Jahresüberschüssen der Dräger Safety AG & Co. KGaA von 198.764 Tsd. EUR (2024: 91.887 Tsd. EUR), der Dräger Medical International GmbH von 62.633 Tsd. EUR (2024: 35.445 Tsd. EUR), der Dräger Medical ANSY GmbH von 13.194 Tsd. EUR (2024: 13.380 Tsd. EUR), der Dräger Holding International GmbH von 1.678 Tsd. EUR (2024: 1.637 Tsd. EUR), der Dräger Gebäude und Service GmbH von 825 Tsd. EUR (2024: 878 Tsd. EUR) und der Dräger Medical Deutschland GmbH von 337 Tsd. EUR (2024: 2.251 Tsd. EUR) zusammen.

13 Erträge aus Ausleihungen des Finanzanlagevermögens

Die Erträge resultieren aus Ausleihungen des Finanzanlagevermögens gegenüber verbundenen Unternehmen in Höhe von 453 Tsd. EUR (2024: 2.816 Tsd. EUR).

14 Abschreibungen auf Finanzanlagen

Im Geschäftsjahr 2025 wurden sowohl die Beteiligung an der STIMIT AG, Biel/Bienne, Schweiz in Höhe von 3.808 Tsd. EUR als auch das der STIMIT AG gewährte Darlehen in Höhe von 19.459 Tsd. EUR wertberichtigt. Die Einschätzung des niedrigeren beizulegenden Zeitwerts erfolgte auf Basis des im Aufstellungszeitraums abgeschlossenen Kaufvertrag über die Veräußerung der Anteile an der Gesellschaft. Darüber hinaus erfolgte eine Wertberichtigung der Anteile an Dräger do Brasil Ltda., São Paulo, Brasilien in Höhe von 3.355 Tsd. EUR. Zusätzlich wurden Abschreibungen auf weitere sonstige Beteiligungen vorgenommen.

15 Zinsergebnis

Zinsergebnis		
in Tsd. €	2025	2024
Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	17.024	14.389
davon aus verbundenen Unternehmen	15.422	7.989
Zinsen und ähnliche Aufwendungen	-21.610	-18.722
davon an verbundene Unternehmen	-14.615	-16.943
davon aus der Aufzinsung von langfristigen Rückstellungen	-506	-323
Zinsergebnis	-4.586	-4.333

Zinsaufwendungen aus den Pensionsverpflichtungen werden gemäß § 246 Abs. 2 Satz 2 HGB mit den Erträgen aus dem zu verrechnenden Deckungsvermögen saldiert. Hieraus ergibt sich ein Betrag in Höhe von 1.243 Tsd. EUR (2024: 7.811 Tsd. EUR). Dieser setzt sich aus einem Zinsaufwand aus Pensionsrückstellungen in Höhe von 5.286 Tsd. EUR (2024: 5.125 Tsd. EUR) und einem Ertrag aus dem Deckungsvermögen in Höhe von 6.529 Tsd. EUR (2024: 12.936 Tsd. EUR) zusammen.

16 Steuern vom Einkommen und vom Ertrag

Steuern vom Einkommen und vom Ertrag		
in Tsd. €	2025	2024
Tatsächliche Steuern	-8.646	-188
Latenter Steueraufwand aus zeitlichen Unterschieden	-18.020	-4.108
Latenter Steueraufwand / Steuerertrag aus Verlustvorträgen	-16.308	45.087
Latenter Steueraufwand / Steuerertrag	-34.328	40.979
Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	-42.974	40.791

Als Ertragsteuern werden die Körperschaftsteuer, der darauf entfallende Solidaritätszuschlag, Gewerbesteuer und ausländische Quellensteuer sowie die Veränderungen der latenten Steuern für den steuerlichen Organkreis der Drägerwerk AG & Co. KGaA ausgewiesen. Die tatsächlichen Ertragsteuern wurden im Jahr 2025 mit einem Steuersatz von 31,5 % (2024: 31,5 %) berechnet. Der Ertragsteuersatz umfasst die Körperschaftsteuer sowie den darauf entfallenden Solidaritätszuschlag und die Gewerbesteuer. Im Geschäftsjahr 2025 verzeichnete die Drägerwerk AG & Co. KGaA als Organträgerin aus zeitlichen Bilanzierungsunterschieden und Verlustvorträgen einen latenten Steueraufwand von 34.328 Tsd. EUR (2024: Ertrag von 40.979 Tsd. EUR). Die Ermittlung der latenten Steuern erfolgte auf Basis des Ertragsteuersatzes, der im Zeitpunkt der voraussichtlichen Umkehr der temporären Differenz oder der Realisierung eines Verlustvortrags gilt. Bei der Ermittlung der latenten Steuern wurden die gesetzlichen Änderungen zur jährlichen Senkung des Körperschaftsteuersatzes ab 2028 – von derzeit 15 % bis auf 10 % im Jahr 2032 jeweils zuzüglich Solidaritätszuschlag von 5,5 % sowie Gewerbesteuer in Höhe von ca. 15,7 % – berücksichtigt.

Auswirkungen des Gesetzes zur Gewährleistung einer globalen Mindestbesteuerung für Unternehmensgruppen (MinStG)

Im Dezember 2021 veröffentlichte die OECD Modellregelungen des Pillar 2 (Global Anti-Base Erosion Proposal oder GloBE) zur Reform der internationalen Unternehmensbesteuerung. Multinationale Unternehmen mit einem Umsatz von mehr als 750 Mio. EUR müssen demnach ihren effektiven GloBE-Steuersatz für jedes Land, in dem sie tätig sind, ermitteln. In den Ländern, in denen dieser Steuersatz unter dem Mindeststeuersatz von 15 % liegt, wird eine Zusatzsteuer erhoben. Die Erhebung dieser Zusatzsteuer kann in dem Land erfolgen, in dem der Mindeststeuersatz unterschritten wird, oder soweit dies nicht der Fall ist, bei der Konzernobergesellschaft. Zum Bilanzstichtag ist die Pillar 2-Gesetzgebung in Deutschland, der Jurisdiktion, in der die Drägerwerk AG & Co. KGaA ansässig ist, bereits in lokales Recht überführt und seit dem 1. Januar 2024 in Kraft.

In der Mehrzahl der Länder, in denen die Drägerwerk AG & Co. KGaA aktiv ist, übersteigt der Effektivsteuersatz den Mindeststeuersatz von 15 % oder es können zeitlich befristete Übergangsregelungen (sogenannte Safe-Harbour Regelungen) in Anspruch genommen werden. Für diejenigen Länder, in denen dies nicht der Fall ist, wurde ein Aufwand für erwartete Ergänzungssteuerzahlungen von 83 Tsd. EUR erfasst. (2024: 366 Tsd. EUR)

17 Derivative Finanzinstrumente

Zur Absicherung von Währungsrisiken werden sogenannte derivative Finanzinstrumente in Form von Devisentermingeschäften eingesetzt. Die Geschäfte werden nur mit Banken hoher Bonität abgeschlossen. Das Volumen der Devisentermingeschäfte umfasst im Wesentlichen Kurssicherungsgeschäfte zur Absicherung des operativen Geschäfts und von Intercompany-Darlehen.

Die Ermittlung der Zeitwerte basiert auf einer Mark-to-Market-Bewertung zum Stichtag. Diese Devisentermingeschäfte wurden für unterschiedliche Währungen – vorrangig USD, SAR, MXN – vorgenommen.

Derivative Finanzinstrumente 2025

in Tsd. €	Nominalbetrag	Laufzeit in Jahren	Zeitwert	Buchwert
Devisentermingeschäfte (Forderungen und Verbindlichkeiten / Operativ)	137.381	bis 1	-194	-1.203
Devisentermingeschäfte (Forderungen und Verbindlichkeiten / Operativ)	-	von 1 bis 5	-	-
Devisentermingeschäfte (Fremdwährungsdarlehen / Cash Pooling)	180.691	bis 1	-1.634	-2.157
Devisentermingeschäfte (Fremdwährungsdarlehen / Cash Pooling)	587	von 1 bis 5	-61	-61

Derivative Finanzinstrumente 2024

in Tsd. €	Nominalbetrag	Laufzeit in Jahren	Zeitwert	Buchwert
Devisentermingeschäfte (Forderungen und Verbindlichkeiten / Operativ)	294.121	bis 1	1.521	-3.875
Devisentermingeschäfte (Forderungen und Verbindlichkeiten / Operativ)	-	von 1 bis 5	-	-
Devisentermingeschäfte (Fremdwährungsdarlehen / Cash Pooling)	200.998	bis 1	2.592	-955
Devisentermingeschäfte (Fremdwährungsdarlehen / Cash Pooling)	1.179	von 1 bis 5	-53	-53

Für unrealisierte Kursverluste aus Devisentermingeschäften wurden Drohverlustrückstellungen in den sonstigen Rückstellungen in Höhe von insgesamt 3.420 Tsd. EUR (2024: 4.883 Tsd. EUR) gebildet.

Die unrealisierten Verluste beziehungsweise Gewinne aus der Bewertung gliedern sich wie folgt:

Unrealisierte Gewinne und Verluste aus der Bewertung

in Tsd. €	2025	2024
Verluste aus der Absicherung von		
Fremdwährungsdarlehen / Cash Pooling	2.217	1.008
Forderungen und Verbindlichkeiten / Operativ	1.203	3.875
	3.420	4.883
Gewinne aus der Absicherung von		
Fremdwährungsdarlehen / Cash Pooling	522	3.547
Forderungen und Verbindlichkeiten / Operativ	1.009	5.397
	1.531	8.944

Erläuterungen zur Bilanz

18 Immaterielle Vermögensgegenstände

Immaterielle Vermögensgegenstände

in Tsd. €	Entgeltlich erworbene Konzessionen, gewerbliche Schutzrechte und ähnliche Rechte und Werte sowie Lizenzen an solchen Rechten und Werten	Geleistete Anzahlungen	Gesamt
Anschaffungs-/Herstellungskosten			
1. Januar 2025	102.849	1.716	104.565
Zugänge	468	2.892	3.360
Abgänge	12.372	-	12.372
Umgliederung	627	-627	0
31. Dezember 2025	91.572	3.981	95.553
Kumulierte Abschreibungen			
1. Januar 2025	100.070	0	100.070
Zugänge	1.756	-	1.756
Abgänge	12.240	-	12.240
31. Dezember 2025	89.586	0	89.586
Nettobuchwert 31. Dezember 2025	1.986	3.981	5.967
Nettobuchwert 31. Dezember 2024	2.779	1.716	4.495

Bei den Zugängen zu den immateriellen Vermögensgegenständen des Geschäftsjahres handelt es sich im Wesentlichen um den Erwerb von Software in Höhe von 468 Tsd. EUR (2024: 391 Tsd. EUR) und geleistete Anzahlungen auf noch nicht fertiggestellte Software in Höhe von 2.892 Tsd. EUR (2024: 1.356 Tsd. EUR).

19 Sachanlagen

Sachanlagen

in Tsd. €	Grundstücke, grundstücks- gleiche Rechte und Bauten einschließlich der Bauten auf fremden Grundstücken	Technische Anlagen und Maschinen	Andere Anlagen, Betriebs- und Geschäfts- ausstattung	Geleistete Anzahlungen und Anlagen im Bau	Gesamt
Anschaffungs-/Herstellungskosten					
1. Januar 2025	323.331	29.826	207.378	14.708	575.243
Zugänge	169	188	7.075	12.498	19.930
Abgänge	4.331	81	12.647	-	17.059
Umgliederung	536	45	4.135	-4.716	0
31. Dezember 2025	319.705	29.978	205.941	22.490	578.114
Kumulierte Abschreibungen					
1. Januar 2025	164.894	13.605	172.747	0	351.246
Zugänge	8.192	3.598	13.642	-	25.432
Abgänge	2.632	77	12.255	-	14.964
31. Dezember 2025	170.454	17.126	174.134	0	361.714
Nettobuchwert 31. Dezember 2025	149.251	12.852	31.807	22.490	216.400
Nettobuchwert 31. Dezember 2024	158.437	16.221	34.631	14.708	223.997

Die Investitionen des Geschäftsjahres im Bereich des Sachanlagevermögens betrugen 19.930 Tsd. EUR (2024: 16.242 Tsd. EUR). Die Zugänge der geleisteten Anzahlungen und Anlagen im Bau in Höhe von 12.498 Tsd. EUR (2024: 6.350 Tsd. EUR) stehen im Wesentlichen im Zusammenhang mit Umbauten, der Herstellung von Produktionsanlagen und der Anfertigung diverser Werkzeuge.

20 Finanzanlagen

Finanzanlagen

in Tsd. €	Anteile an verbundenen Unternehmen	Ausleihungen an verbundene Unternehmen	Beteiligungen	Sonstige Ausleihungen	Gesamt
Anschaffungs-/Herstellungskosten					
1. Januar 2025	621.680	185.155	7.012	0	813.847
Zugänge	44.077	50.743	501	20.579	115.899
Abgänge	-	176.108	-	-	176.108
31. Dezember 2025	665.757	59.791	7.513	20.579	753.639
Kumulierte Abschreibungen					
1. Januar 2025	20.417	10.396	2.110	0	32.923
Zugänge	7.164	19.600	1.916	-	28.679
Zuschreibungen	305	-	-	-	305
31. Dezember 2025	27.275	29.996	4.026	0	61.297
Nettobuchwert 31. Dezember 2025	638.482	29.795	3.487	20.579	692.343
Nettobuchwert 31. Dezember 2024	601.263	174.759	4.902	0	780.924

Zum Bilanzstichtag wurden die Anteile an verbundenen Unternehmen, bei denen sich ein geringerer beizulegender Zeitwert ermittelt hat, auf diesen abgeschrieben.

Die Drägerwerk AG & Co. KGaA hat im Geschäftsjahr 2025 einen bisher von der Dräger Safety AG & Co. KGaA, Lübeck gehaltenen Anteil an der Dräger Medical International, Lübeck für einen Kaufpreis in Höhe von 44.077 Tsd. EUR übernommen. Dieser Kauf ist in den Zugängen dargestellt.

Die Zugänge bei den Ausleihungen an verbundene Unternehmen resultieren hauptsächlich aus Darlehen an ausländische Tochtergesellschaften. Die Abgänge basieren im Wesentlichen auf Umgliederungen von Ausleihungen an verbundene Unternehmen in das Cash Management.

Die im Geschäftsjahr 2025 vorgenommenen Wertberichtigungen in Höhe von 28.679 Tsd. EUR sind der Anhangsangabe 14 „Abschreibungen auf Finanzanlagen“ zu entnehmen. Bei den Anteilen an der Dräger Argentina S.A., Buenos Aires, Argentinien, wurden durch das Entfallen der Abschreibungsgründe Wertaufholungen in Höhe von 305 Tsd. EUR erfasst. Die Zuschreibungen sind in den sonstigen betrieblichen Erträge enthalten.

21 Vorräte

Der ausgewiesene Vorratsbestand setzt sich wie folgt zusammen:

Vorräte		
in Tsd. €	2025	2024
Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe	85.181	86.115
Unfertige Erzeugnisse, unfertige Leistungen	10.501	12.282
Fertige Erzeugnisse und Waren	71.603	79.335
Geleistete Anzahlungen	29	58
Erhaltene Anzahlungen	-1.327	-2.391
Vorräte	165.986	175.398

22 Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände

Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände		
in Tsd. €	2025	2024
Forderungen aus Lieferungen und Leistungen	32.380	21.701
davon mit einer Restlaufzeit von mehr als einem Jahr	-	-
Übrige Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	632.762	467.224
Forderungen gegen verbundene Unternehmen	621.196	451.128
davon aus Lieferungen und Leistungen	294.413	276.027
davon aus sonstigen Vermögensgegenständen	326.783	175.101
davon mit einer Restlaufzeit von mehr als einem Jahr	-	-
Sonstige Vermögensgegenstände	11.566	16.096
davon mit einer Restlaufzeit von mehr als einem Jahr	120	778
Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	665.142	488.925

Die Forderungen gegen verbundene Unternehmen bestehen im Wesentlichen aus Lieferungen und Leistungen und sonstigen Vermögensgegenständen. Diese beinhalten im Wesentlichen die Forderungen aus Ergebnisabführungsverträgen in Höhe von 277.545 Tsd. EUR (2024: 144.980 Tsd. EUR) und Cash Management in Höhe von 49.238 Tsd. EUR (2024: 30.103 Tsd. EUR).

Die sonstigen Vermögensgegenstände umfassen Ansprüche aus Rückdeckungsversicherungsguthaben, Guthaben bei Lieferanten, steuerliche Erstattungsansprüche aus Ertrag- und Umsatzsteuer sowie Forderungen gegenüber Mitarbeitern und weitere Forderungen, die nicht aus dem Warenverkehr stammen.

Zudem beinhalten die sonstigen Vermögensgegenstände Forschungszuschüsse. Im Geschäftsjahr 2023 erhielt die Drägerwerk AG & Co. KGaA eine Zusage über einen EU-Zuschuss für ein Forschungs- und Entwicklungsprojekt in

Höhe von insgesamt 3.688 Tsd. EUR. Die Auszahlung ist an das Erreichen definierter Meilensteine gebunden. In den Geschäftsjahren 2023 und 2025 hat die Drägerwerk AG & Co. KGaA Zahlungen in Höhe von insgesamt 2.515 Tsd. EUR erhalten. Diese sind als Passiver Rechnungsabgrenzungsposten erfasst worden. Gemäß dem Entwicklungsfortschritt wird dieser Passive Rechnungsabgrenzungsposten aufgelöst, um entsprechende Erträge zu realisieren, was im Geschäftsjahr 2025 zu einer Erhöhung der sonstigen betrieblichen Erträge um 1.680 Tsd. EUR (2024: 1.155 Tsd. EUR) geführt hat.

23 Aktive Rechnungsabgrenzungsposten

Die Rechnungsabgrenzungsposten enthalten ausschließlich transitorische Abgrenzungen.

24 Aktive latente Steuern

Insgesamt erwartet die Drägerwerk AG & Co. KGaA als Organträgerin zum 31. Dezember 2025 aus zeitlichen Bilanzierungsunterschieden und steuerlichen Verlustvorträgen sowie Zinsvorträgen eine zukünftige Steuerentlastung von 166.830 Tsd. EUR (2024: 201.159 Tsd. EUR). Aktive latente Steuern aus Verlust- und Zinsvorträgen sowie aus zeitlichen Bilanzierungsunterschieden wurden insoweit angesetzt, wie mit einer Realisierung innerhalb der nächsten fünf Jahre zu rechnen ist.

In Ausübung des Wahlrechts gemäß § 274 Abs. 1 Satz 2 HGB wurden für den Überhang aktive latente Steuern bilanziert.

Aktive/passive latente Steuern

in Tsd. €	Aktive latente Steuern		Passive latente Steuern	
	2025	2024	2025	2024
Anlagevermögen	2.114	2.225	3.460	2.758
Umlaufvermögen	22.785	25.888	532	178
Rechnungsabgrenzungsposten	152	139	-	-
Rückstellungen	72.748	86.180	-	-
Verbindlichkeiten	451	768	11	-
Verlustvortrag	72.586	88.894	-	-
Bruttowert	170.834	204.094	4.004	2.935
Saldierung	-4.004	-2.935	-4.004	-2.935
Bilanzansatz	166.830	201.159	0	0

25 Gezeichnetes Kapital

Das gezeichnete Kapital der Drägerwerk AG & Co. KGaA beträgt 48.026 Tsd. EUR (2024: 48.026 Tsd. EUR).

Das Grundkapital setzt sich unverändert aus 10.160.000 nennbetragslosen Kommandit-Stammaktien sowie 8.600.000 nennbetragslosen Kommandit-Vorzugsaktien ohne Stimmrecht zusammen.

Der Nominalwert beider Aktiengattungen beträgt 2,56 EUR. Die persönlich haftende Gesellschafterin Drägerwerk Verwaltungs AG ist nicht am Kapital beteiligt.

Das gezeichnete Kapital ist voll eingezahlt. Die Vorzugsaktien und die Stammaktien werden unverändert am Kapitalmarkt gehandelt.

Die Vorzugsaktien haben mit Ausnahme des Stimmrechts die mit den Stammaktien verbundenen Rechte. Zum Ausgleich des fehlenden Stimmrechts wird auf Vorzugsaktien aus dem Bilanzgewinn eine Dividende von 0,13 EUR je Aktie vorab ausgeschüttet.

Anschließend wird auf Stammaktien eine Dividende von 0,13 EUR je Aktie ausgeschüttet, soweit der verbleibende Bilanzgewinn hierfür ausreicht. Ein darüber hinausgehender Bilanzgewinn wird, soweit er ausgeschüttet wird, so verteilt, dass Vorzugsaktien gegenüber Stammaktien eine Mehrdividende von 0,06 EUR je Aktie erhalten.

Reicht in einem oder mehreren Geschäftsjahren der Gewinn nicht zur Ausschüttung der Vorwegdividende auf die Vorzugsaktien aus, werden die fehlenden Beträge aus dem Gewinn der folgenden Geschäftsjahre nachgezahlt, bevor eine Dividende auf Stammaktien ausgeschüttet wird.

Wird ein Rückstand nicht im Folgejahr neben dem vollen Vorzug für dieses Jahr nachgezahlt, haben die Vorzugsaktionäre das Stimmrecht, bis die Rückstände nachgezahlt sind.

Im Falle der Liquidation erhalten Vorzugsaktionäre insgesamt vorab 25 % des Gesamtliquidationserlöses. Der verbleibende Liquidationserlös wird auf alle Aktien gleichmäßig verteilt.

Durch Beschluss der Hauptversammlung vom 7. Mai 2021 ist die persönlich haftende Gesellschafterin ermächtigt, das Grundkapital bis zum 6. Mai 2026 mit Zustimmung des Aufsichtsrats durch Ausgabe neuer, auf den Inhaber lautender Stammaktien und/oder Vorzugsaktien (Stückaktien) gegen Bar- und/oder Sacheinlagen einmalig oder mehrmals um insgesamt bis zu 12.006.400,00 EUR zu erhöhen (Genehmigtes Kapital). Die Ermächtigung zur Ausgabe von Vorzugsaktien ohne Stimmrecht darf nur insoweit ausgeübt werden, als der Anteil der Vorzugsaktien ohne Stimmrecht die Hälfte des Grundkapitals nicht übersteigt (§ 139 Abs. 2 AktG).

Im Fall der Ausnutzung des Genehmigten Kapitals ist den Aktionären grundsätzlich ein Bezugsrecht zu gewähren. Das Bezugsrecht kann den Aktionären auch in der Weise eingeräumt werden, dass die neuen Aktien von einem oder mehreren durch die persönlich haftende Gesellschafterin bestimmten Kreditinstituten oder Unternehmen im Sinne von § 186 Abs. 5 Satz 1 AktG mit der Verpflichtung übernommen werden, sie den Aktionären zum Bezug anzubieten (mittelbares Bezugsrecht). Dies kann aus abwicklungstechnischen Gründen sinnvoll sein. Darin liegt keine Beschränkung des Bezugsrechts der Aktionäre.

Bei gleichzeitiger Ausgabe von Stamm- und Vorzugsaktien unter Wahrung des zum Zeitpunkt der jeweiligen Ausgabe bestehenden Beteiligungsverhältnisses der beiden Aktiengattungen wird die persönlich haftende Gesellschafterin ermächtigt, mit Zustimmung des Aufsichtsrats das Bezugsrecht der Inhaber von Aktien einer Gattung auf Aktien der anderen Gattung auszuschließen (gekreuzter Bezugsrechtsausschluss). Auch in diesem Fall ist die persönlich haftende Gesellschafterin zu einem weitergehenden Bezugsrechtsausschluss nach Maßgabe der folgenden Bestimmungen berechtigt.

Die persönlich haftende Gesellschafterin ist ferner ermächtigt, mit Zustimmung des Aufsichtsrats das Bezugsrecht der Aktionäre in weiteren bestimmten Fällen auszuschließen.

Der auf neue Aktien, für die das Bezugsrecht aufgrund dieser Ermächtigung ausgeschlossen wird, insgesamt entfallende anteilige Betrag am Grundkapital darf zusammen mit dem anteiligen Betrag am Grundkapital, der auf

eigene Aktien oder auf neue Aktien aus einem anderen genehmigten Kapital entfällt oder auf den sich Options- oder Wandlungsrechte beziehungsweise Wandlungspflichten aus Optionen, Options- und/oder Wandelschuldverschreibungen und/oder Genussrechten beziehen, die jeweils während der Laufzeit dieser Ermächtigung unter Bezugsrechtsausschluss veräußert beziehungsweise ausgegeben worden sind, 10 % des Grundkapitals nicht überschreiten. Von dieser Beschränkung auf 10 % des Grundkapitals ausgenommen sind Aktien, die unter gekreuztem Bezugsrechtsausschluss ausgegeben werden. Maßgeblich für die Berechnung der 10 %-Grenze ist das vorhandene Grundkapital im Zeitpunkt des Wirksamwerdens oder im Zeitpunkt der Ausübung dieser Ermächtigung, je nachdem zu welchem dieser Zeitpunkte der Grundkapitalbetrag am geringsten ist.

Die persönlich haftende Gesellschafterin wird ermächtigt, mit Zustimmung des Aufsichtsrats den Inhalt der Aktienrechte, die Einzelheiten der Kapitalerhöhung sowie die Bedingungen der Aktienausgabe, insbesondere den Ausgabebetrag, festzulegen. Der Aufsichtsrat wird ermächtigt, die Fassung der Satzung entsprechend der Ausnutzung des Genehmigten Kapitals oder nach Ablauf der Ermächtigungsfrist anzupassen.

Durch Beschluss der Hauptversammlung vom 7. Mai 2021 ist die persönlich haftende Gesellschafterin zudem bis zum 6. Mai 2026 ermächtigt, Options- und/oder Wandelschuldverschreibungen im Gesamtnennbetrag von bis zu 650.000.000,00 EUR sowie die Schaffung eines dazugehörigen bedingten Kapitals von bis zu 12.006.400,00 EUR durch Ausgabe von bis zu 4.690.000 neuen, auf den Inhaber lautenden Stückaktien auszugeben.

Der Options- beziehungsweise Wandlungspreis für die bei Ausübung von Options- und/oder Wandlungsrechten zu beziehenden Aktien muss mit Ausnahme der Fälle, in denen eine Optionsausübungs- oder Wandlungspflicht, eine Ersetzungsbefugnis oder ein Andienungsrecht der Emittentin der Schuldverschreibungen zur Lieferung von Aktien vorgesehen ist, mindestens 80 % des zeitnah zur Ausgabe der Schuldverschreibungen, die mit Options- oder Wandlungsrechten verbunden sind, ermittelten Börsenkurses der Inhaberstückaktien der Gesellschaft entsprechen.

Den Aktionären steht grundsätzlich ein Bezugsrecht auf die Schuldverschreibungen zu (§ 221 Abs. 4 i.V.m. § 186 Abs. 1 AktG).

Die Ermächtigung sieht zunächst vor, dass für den Fall, dass sowohl Schuldverschreibungen mit Options- oder Wandlungsrechten beziehungsweise -pflichten auf Stammaktien als auch Schuldverschreibungen mit Options- oder Wandlungsrechten beziehungsweise -pflichten auf Vorzugsaktien begeben werden, die persönlich haftende Gesellschafterin mit Zustimmung des Aufsichtsrats das Bezugsrecht für Inhaber von Aktien einer Gattung auf die Schuldverschreibungen, die Options- oder Wandlungsrechte auf Aktien der jeweils anderen Gattung gewähren beziehungsweise eine entsprechende Ausübungs- oder Wandlungspflicht vorsehen, ausschließen kann, wenn das Bezugsverhältnis zur Zeichnung der Schuldverschreibungen für die Inhaber beider Aktiegattungen gleich festgesetzt wird (gekreuzter Bezugsrechtsausschluss).

Die persönlich haftende Gesellschafterin wird ferner ermächtigt, mit Zustimmung des Aufsichtsrats das Bezugsrecht der Aktionäre in weiteren bestimmten Fällen auszuschließen.

Eigene Anteile (Mitarbeiterbeteiligungsprogramm)

Der Vorstand hat erneut entschieden, Mitarbeitern von Dräger in Deutschland im Geschäftsjahr 2025 im Rahmen eines Mitarbeiteraktienprogramms die Beteiligung am Unternehmen zu ermöglichen. Damit soll die Identifikation mit dem Unternehmen sowie die Attraktivität von Dräger als Arbeitgeber gesteigert werden.

Für jeweils drei vom Mitarbeiter erworbene Investment-Aktien wurde wie im Vorjahr eine Bonusaktie gewährt. Die Aktien unterliegen einer Haltefrist von zwei Jahren und dürfen somit in dieser Frist nicht veräußert oder in sonstiger Weise übertragen werden. Ein Verbleib des Mitarbeiters im Unternehmen während dieser Haltefrist ist nicht notwendig.

Im Vorjahr sollten 57.987 Investment- und 19.329 Bonusaktien (insgesamt 77.316 Aktien) an der Börse zurückgekauft werden. Der Rückkauf begann am 7. Oktober 2024 und konnte bis zum 31. Dezember 2024 nicht vollständig abgeschlossen werden. Der maximale Kaufpreis wurde mit 45,05 EUR pro Vorzugsaktie vor Programmstart festgelegt (Schlusskurs der Vorzugsaktien im Xetra-Handel am letzten Handelstag vor dem Beginn der jeweiligen

Erwerbsperiode). Eine Übertragung dieser Aktien in die jeweiligen Depots der Mitarbeiter erfolgte nach dem Ende der Rückkaufphase, die am 20. Januar 2025 abgeschlossen wurde. Die bereits bis zum 31. Dezember 2024 erworbenen 55.487 Aktien wurden im Vorjahr als eigene Anteile in Höhe von 2.535 Tsd. EUR ausgewiesen.

Um für das im November 2025 aufgesetzte Mitarbeiterbeteiligungsprogramm genügend Aktien vorzuhalten, hat die Drägerwerk AG & Co. KGaA zwischen dem 3. Juni und dem 18. Juli 2025 und somit vor der geplanten Teilnahmephase insgesamt 70.000 Aktien an der Börse zurückgekauft.

Während der Teilnahmephase vom 3. November bis zum 12. November 2025 wurden durch die teilnehmenden Mitarbeiter 40.530 Investment- und 13.510 Bonusaktien (insgesamt 54.040 Aktien) erworben. Der maximale Kaufpreis wurde mit 67,70 EUR pro Vorzugsaktie vor Programmstart festgelegt (Schlusskurs der Vorzugsaktien im Xetra-Handel am letzten Handelstag vor dem Beginn der jeweiligen Erwerbsperiode). Für die teilnehmenden Mitarbeiter wurde ein Depot bei der Deutschen Bank AG, Frankfurt am Main, (Zahlstelle) zur Buchung und Verwahrung der Aktien eröffnet. Eine vollständige Übertragung dieser Aktien in die jeweiligen Depots der Mitarbeiter erfolgte ab dem 14. November 2025.

Die nach Beendigung des Mitarbeiterbeteiligungsprogramms verbliebenen 15.960 Aktien wurden bis zum Bilanzstichtag am Markt wieder veräußert.

Die Drägerwerk AG & Co. KGaA weist somit zum Bilanzstichtag keinen Nennbetrag der eigenen Anteile aus.

Stimmrechtsmitteilungen

Gemäß § 160 Abs. 1 Nr. 8 AktG sind Angaben über das Bestehen von Beteiligungen zu machen, die nach § 33 Abs. 1 oder Abs. 2 des Wertpapierhandelsgesetzes (WpHG) dem Unternehmen mitgeteilt worden sind.

Eingegangene Stimmrechtsmitteilungen 2025

Meldepflichtiger	Datum der Stimmrechtsmitteilung	Meldeschwelle ¹	Beteiligung	Beteiligung in Stimmrechten
Brandes Investment Partners, L.P., La Jolla, USA	3. Januar 2025	5 % Unterschreitung	4,94 %	502.168

¹ Meldung aufgrund einer Änderung der direkt und/oder indirekt gehaltenen Stimmrechte

Bestehende meldepflichtige Beteiligungen gemäß Stimmrechtsmitteilung

Meldepflichtiger	Datum der Stimmrechtsmitteilung	Beteiligung	Beteiligung in Stimmrechten
Dr. Heinrich Dräger GmbH, Lübeck	12. November 2013	67,31 %	6.838.408
Staat Norwegen, Oslo, Norwegen	4. Oktober 2018	3,04 %	308.663
Brandes Investment Partners, L.P., La Jolla, USA	3. Januar 2025	4,94 %	502.168

Es wird darauf hingewiesen, dass die Angaben zu den Beteiligungen überholt sein können.

26 Kapitalrücklage

Kapitalrücklage

Die Kapitalrücklage der Drägerwerk AG & Co. KGaA ist entstanden aus Aufgeldern	in Tsd. €
anlässlich der Gründung (Umwandlung) der Gesellschaft	2.556
anlässlich der Kapitalerhöhungen	
vom März 1979	5.726
vom Juni 1981	7.016
vom Juli 1991	23.569
vom April 2020	73.940
	112.807
Dividendenrückzahlung Stefan Dräger in 2009	582
Erhöhung der Kapitalrücklage in 2010	
durch die Ausgabe von 3.810.000 neuen Stammaktien	95.277
Ersatz der variablen Optionskomponente durch eine Eigenkapitalkomponente	26.540
Ausübung von vier Optionsscheinen von je 50.000 Aktien in 2013	12.190
Ausübung von elf Optionsscheinen von je 50.000 Aktien in 2014	33.487
Ausübung von zehn Optionsscheinen von je 50.000 Aktien in 2015	30.274
Mitarbeiterbeteiligungsprogramm in 2024	577
Kapitalrücklage zum 31. Dezember 2025	311.734

27 Gewinnrücklagen

Die Veränderung der Gewinnrücklage in 2025 resultiert aus dem Abgang der zum 31. Dezember 2024 noch gehaltenen eigenen Anteile im Zusammenhang mit dem in 2024 gestarteten Mitarbeiterbeteiligungsprogramm und dem abgeschlossenen Mitarbeiterbeteiligungsprogramm des Geschäftsjahres 2025. Somit weist die Gewinnrücklage zum 31. Dezember 2025 einen Betrag in Höhe von 198.450 Tsd. EUR (2024: 196.798 Tsd. EUR) aus.

28 Entwicklung Bilanzgewinn

Entwicklung Bilanzgewinn

	in Tsd. €
Bilanzgewinn 31. Dezember 2024	455.082
1,97 EUR Dividende auf 10.160.000 Stück Stammaktien	-20.015
2,03 EUR Dividende auf 8.600.000 Stück Vorzugsaktien	-17.458
Gewinnvortrag 2024	417.609
Jahresüberschuss 2025	150.682
Bilanzgewinn 31. Dezember 2025	568.291

Angaben zu ausschüttungsgesperrten Beträgen

Der zur Ausschüttung gesperrte Betrag belief sich zum 31. Dezember 2025 auf 203.043 Tsd. EUR (2024: 231.258 Tsd. EUR). Die Ermittlung beruht auf § 268 Abs. 8 HGB und § 253 Abs. 6 HGB.

Angaben zu ausschüttungsgesperrten Beträgen			Ausschüttungssperre	
in Tsd. €	Bruttobetrag	Latente Steuern	2025	2024
Zeitwert des Deckungsvermögens, der die Anschaffungskosten übersteigt	36.213	-	36.213	30.099
Positiver Unterschiedsbetrag nach § 253 Abs. 6 HGB	-	-	-	-
Aktivsaldo übrige latente Steuern		166.830	166.830	201.159
Gesamtbetrag der ausschüttungsgesperrten Beträge	36.213	166.830	203.043	231.258
Zur Deckung zur Verfügung stehende Eigenkapitalanteile			767.323	652.462
Frei verfügbare Eigenkapitalbestandteile			564.280	421.204

Die Bewertung des Spezialfondsvermögens der Versorgungsordnungen erfolgt gemäß § 253 Abs. 1 Satz 4 HGB zum Zeitwert. Dieser belief sich zum 31. Dezember 2025 auf 144.542 Tsd. EUR (2024: 131.422 Tsd. EUR) und lag damit um 36.213 Tsd. EUR über den Anschaffungskosten von 108.329 Tsd. EUR (2024: 101.323 Tsd. EUR).

Der Unterschiedsbetrag gemäß § 253 Abs. 6 HGB gibt die Differenz zwischen dem Verpflichtungswert der Pensionen, berechnet auf Basis des vorgeschriebenen durchschnittlichen Marktzinses der vergangenen zehn Geschäftsjahre, und dem Verpflichtungswert auf Grundlage des Siebenjahresdurchschnittszinses wieder. Da dieser Unterschiedsbetrag im Geschäftsjahr 2025 negativ ausfiel, war er für die Ausschüttungssperre nicht relevant. Gleiches gilt für das Vorjahr. Dem die Anschaffungskosten übersteigenden Betrag stehen frei verfügbare Gewinnrücklagen in Höhe von 198.450 Tsd. EUR (2024: 196.798 Tsd. EUR), freie Kapitalrücklagen von 581 Tsd. EUR (2024: 581 Tsd. EUR) sowie ein Bilanzgewinn von 568.291 Tsd. EUR (2024: 455.082 Tsd. EUR) gegenüber.

29 Rückstellungen

Die Bewertung der unmittelbaren Pensionsrückstellungen basiert auf folgenden Rechnungsgrundlagen:

Versicherungsmathematische Annahmen

	2025	2024
Abzinsungssatz	2,06 % ¹	1,90 %
Künftige Lohn- und Gehaltssteigerungen	3,00 %	3,00 %
Künftige Rentensteigerungen	1,00/2,00 %	1,00/2,00 %
Durchschnittliche Mitarbeiterfluktuation	3,00 %	3,00 %

¹ Auf Basis des von der Bundesbank veröffentlichten Zinssatzes am 31. Dezember 2025.

Vermögensverrechnung

Das Deckungsvermögen wurde mit den zugrunde liegenden Verpflichtungen aus der neuen Versorgungsordnung gemäß § 246 Abs. 2 Satz 2 HGB verrechnet.

Der in der nachstehenden Tabelle genannte beizulegende Zeitwert des angelegten Deckungsvermögens wurde, soweit es sich um Fondsanteile handelt, aus dem Börsenkurs des Fondsvermögens am Abschlussstichtag abgeleitet.

Unterschiedsbetrag aus der Vermögensverrechnung

in Tsd. €	2025	2024
Beizulegender Zeitwert des angelegten Deckungsvermögens	144.542	131.422
Erfüllungsbetrag der Pensionsverpflichtungen des Rentenplans	-175.642	-171.699
Unterdeckung der Pensionsverpflichtungen	-31.100	-40.277
Anschaffungskosten des angelegten Deckungsvermögens	108.329	101.323

Beim Deckungsvermögen handelt es sich um Anteile an einem ausschließlich für Dräger aufgelegten Spezialfondsvermögen-Wertpapier – Kenn-Nr. A0HG1B – und einem Abrechnungskonto. Das Fondsvermögen wird von dem AllianzGI-Fonds treuhänderisch für die Drägerwerk AG & Co. KGaA verwaltet und ist dem Zugriff übriger Gläubiger entzogen.

Dieses Fondsvermögen und das Abrechnungskonto dienen der Sicherung der Pensionsverpflichtungen nach der Versorgungsordnung und unterliegen besonderen Verfügungsbeschränkungen.

Übrige Rückstellungen

Übrige Rückstellungen

in Tsd. €	2025	2024
Steuerrückstellungen	2.728	1.506
Sonstige Rückstellungen	96.608	104.323
Übrige Rückstellungen	99.335	105.828

Die sonstigen Rückstellungen enthalten Vorsorgen, vor allem für die Abdeckung von Garantieverpflichtungen in Höhe von 29.312 Tsd. EUR (2024: 35.224 Tsd. EUR), für ausstehende Lieferantenrechnungen von 9.258 Tsd. EUR (2024: 10.072 Tsd. EUR), für Prozesskosten/-risiken von 4.093 Tsd. EUR (2024: 4.210 Tsd. EUR), für ungewisse Verbindlichkeiten von 291 Tsd. EUR (2024: 534 Tsd. EUR), die überwiegend aus projektbezogenen Verpflichtungen entstanden sind, sowie für diverse sonstige Risiken. Die Rückstellungen für die Abdeckung von Verpflichtungen aus dem Personalbereich betragen 46.176 Tsd. EUR (2024: 44.046 Tsd. EUR). Dieser Betrag beinhaltet insbesondere die Rückstellungen für Erfolgsbeteiligungen an Mitarbeiter, noch nicht genommenen Urlaub, Altersteilzeit-Arbeitsverhältnisse sowie für Dienstjubiläen. Die Altersteilzeit-Arbeitsverhältnisse werden auf Grundlage von Betriebsvereinbarungen abgeschlossen.

Für drohende Verluste aus der Abwicklung von Devisentermingeschäften (derivative Finanzinstrumente) wurde im Geschäftsjahr 2025 eine Rückstellung in Höhe von 3.420 Tsd. EUR (2024: 4.883 Tsd. EUR) gebildet.

30 Verbindlichkeiten

Verbindlichkeiten 2025

in Tsd. €	Gesamt	bis 1 Jahr	> 1 Jahr	davon mehr als 5 Jahre
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	250.000	50.000	200.000	-
Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	89.698	89.698	-	-
Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen	298.952	296.062	2.890	-
davon aus Lieferungen und Leistungen	45.770	45.770	-	-
davon aus sonstigen Verbindlichkeiten	253.182	250.292	2.890	-
Sonstige Verbindlichkeiten	9.719	9.493	226	226
davon aus Steuern	6.513	6.513	-	-
Verbindlichkeiten	648.369	445.253	203.115	226

Verbindlichkeiten 2024

in Tsd. €	Gesamt	bis 1 Jahr	> 1 Jahr	davon mehr als 5 Jahre
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	253.462	53.462	200.000	-
Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	93.722	93.722	-	-
Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen	315.871	259.871	56.000	-
davon aus Lieferungen und Leistungen	43.235	43.235	-	-
davon aus sonstigen Verbindlichkeiten	272.636	216.636	56.000	-
Sonstige Verbindlichkeiten	11.122	10.896	226	226
davon aus Steuern	5.660	5.660	-	-
Verbindlichkeiten	674.178	417.951	256.226	226

Es bestanden in den Geschäftsjahren 2025 und 2024 keine durch Pfandrechte oder ähnliche Rechte gesicherte Verbindlichkeiten.

Konsignationslagervereinbarungen

Zum Bilanzstichtag zeigt die Drägerwerk AG & Co. KGaA Vorgänge bezüglich der Konsignationslagervereinbarungen in der Bilanz. Es erfolgt ein Ausweis sowohl im Vorratsbestand als auch bei den Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen in Höhe von 12.518 Tsd. EUR (2024: 9.821 Tsd. EUR). Beim Konsignationslager handelt es sich um bei der Drägerwerk AG & Co. KGaA lagernde Ware, die bis zur Meldung der Entnahme im rechtlichen Sinne Eigentum des Lieferanten ist. Hieraus ergeben sich mehrere Vorteile: Zum einen liegt höchste Versorgungssicherheit vor und zum anderen verringert sich die Kapitalbindung, da die lieferantenseitige Berechnung erst nach der Materialentnahme aus dem Lager erfolgt.

Aufgrund spezieller Vertragsgestaltungen bei diesen Lieferanten liegt nicht nur der wirtschaftliche Nutzen, sondern auch das wirtschaftliche Risiko bei der Drägerwerk AG & Co. KGaA. Diese Gegebenheit führt zum Bilanzausweis in gleicher Höhe sowohl bei den Vorräten als auch in den Verbindlichkeiten.

Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten

Im Geschäftsjahr 2015 waren drei KfW-Tilgungskredite zur Finanzierung der Neubauten im Zusammenhang mit der Zukunftsfabrik mit einer Laufzeit bis Juni 2025 aufgenommen worden. Diese Kredite sind zum 30. Juni 2025 in Höhe des Restbetrags von 2.694 Tsd. EUR getilgt worden.

Am 2. Oktober 2020 wurde ein endfälliges Darlehen in Höhe von 50.000 Tsd. EUR mit einer Laufzeit von fünf Jahren bei der Europäischen Investitionsbank in Anspruch genommen. Die Tilgung dieses Darlehens ist zum 2. Oktober 2025 erfolgt.

Im Geschäftsjahr 2023 wurde ein weiteres endfälliges Darlehen in Höhe von 100.000 Tsd. EUR mit einer Laufzeit von fünf Jahren bei der Europäischen Investitionsbank in Anspruch genommen.

Die Drägerwerk AG & Co. KGaA hat im Geschäftsjahr 2025 ein neues endfälliges Darlehen in Höhe von 50.000 Tsd. EUR mit einer Laufzeit von fünf Jahren bei der DZ Bank AG in Anspruch genommen.

Im Kalenderjahr 2021 wurden vier Schuldscheindarlehen in Höhe von insgesamt 100.000 Tsd. EUR für eine Laufzeit von fünf bzw. sieben Jahren mit endfälliger Tilgung in Anspruch genommen. Davon sind zwei Darlehen in Höhe von 50.000 Tsd. EUR entsprechend ihrer Endfälligkeit von den langfristigen in die kurzfristigen Verbindlichkeiten umgegliedert worden.

Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen

Die Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen resultieren überwiegend aus dem Cash-Management in Höhe von 250.292 Tsd. EUR (2024: 216.636 Tsd. EUR).

Sonstige Verbindlichkeiten

Die sonstigen Verbindlichkeiten basieren im Wesentlichen auf Steuerverbindlichkeiten in Höhe von 6.513 Tsd. EUR (2024: 5.660 Tsd. EUR).

31 Passive Rechnungsabgrenzungsposten

Der passive Rechnungsabgrenzungsposten enthält im Wesentlichen transitorische Abgrenzungen.

Sonstige Angaben

32 Haftungsverhältnisse

Haftungsverhältnisse

in Tsd. €	2025	2024
Verbindlichkeiten aus Gewährleistungsverträgen	261.417	267.954
tatsächlich in Anspruch genommene Kreditbeträge	27.604	29.409

Die Gewährleistungsverpflichtungen sind in Höhe von 246.806 Tsd. EUR (2024: 253.434 Tsd. EUR) für Tochtergesellschaften eingegangen worden. Diese beinhalten im wesentlichen Garantien gegenüber Kreditinstituten für Kreditlinien in Höhe von 227.118 Tsd. EUR (2024: 233.055 Tsd. EUR). Darüber hinaus hat die Gesellschaft für Tochterunternehmen Patronatserklärungen abgegeben.

Die finanzielle Situation der Tochtergesellschaften stellt sicher, dass diese den Verpflichtungen nachkommen werden. Somit besteht kein Risiko der Inanspruchnahme.

Bei der Drägerwerk AG & Co. KGaA, zusammen mit einigen deutschen Tochtergesellschaften, bestanden am Abschlussstichtag Avalkreditlinien in Höhe von 192.000 Tsd. EUR und Kontokorrentkreditlinien in Höhe von 380.262 Tsd. EUR. Von den Avalkreditlinien sind 110.057 Tsd. EUR und von den Kontokorrentkreditlinien 129 Tsd. EUR durch die Gesellschaft oder ihre Tochtergesellschaften in Anspruch genommen worden, für die eine gesamtschuldnerische Haftung besteht.

Des Weiteren besteht eine Zusage gegenüber einem Lieferanten für einen etwaigen künftigen Liquiditätszuschuss in Höhe von 5.000 Tsd. EUR.

33 Sonstige finanzielle Verpflichtungen

Zum 31. Dezember 2025 bestanden sonstige finanzielle Verpflichtungen in Höhe von 59.507 Tsd. EUR, davon gegenüber verbundenen Unternehmen in Höhe von 179 Tsd. EUR. Diese setzen sich aus folgenden Sachverhalten zusammen:

Miet- und Leasingverträge

Am Bilanzstichtag bestanden sonstige finanzielle Verpflichtungen aus langfristigen Miet- und Leasingverträgen in Höhe von rund 46.497 Tsd. EUR (2024: 48.814 Tsd. EUR), davon rund 179 Tsd. EUR (2024: 517 Tsd. EUR) gegenüber verbundenen Unternehmen. Die jährliche Belastung betrug rund 4.238 Tsd. EUR (2024: 5.920 Tsd. EUR), davon 179 Tsd. EUR (2024: 349 Tsd. EUR) gegenüber verbundenen Unternehmen.

Die sonstigen finanziellen Verpflichtungen beruhen hauptsächlich auf den Leasingverträgen mit der Dräger Objekt Finkenstraße GmbH & Co. KG bezüglich der Bürogebäude sowie mit der Dräger GmbH bezüglich Grundstücksmieten.

Abnahmeverpflichtungen

Die Drägerwerk AG & Co. KGaA ist zur Absicherung der Verfügbarkeit von IT-Leistungen Abnahmeverpflichtungen mit Dienstleistern im Rahmen des üblichen Bedarfs eingegangen.

Sonstige

Durch offene Bestellungen bestanden am 31. Dezember 2025 Verpflichtungen zum Erwerb immaterieller Vermögensgegenstände in Höhe von 20 Tsd. EUR (2024: 9 Tsd. EUR) und zum Erwerb von Sachanlagen von 10.541 Tsd. EUR (2024: 5.382 Tsd. EUR). Das Bestellobligo für Sachanlagen beruht im Wesentlichen auf Gebäudeumbauten sowie Ersatz- und Neubeschaffung von Maschinen und Werkzeugen. Bei der Drägerwerk AG & Co. KGaA bestand zum 31. Dezember 2025 eine Kapitaleinzahlungsverpflichtung auf Geschäftsanteile in Höhe von 2.449 Tsd. EUR (2024: 2.930 Tsd. EUR).

Aus der Beteiligung an folgenden Zweckgesellschaften:

- FIMMUS Grundstücks-Vermietungsgesellschaft mbH & Co. Objekt Lübeck KG,
- FIMMUS Grundstücks-Vermietungsgesellschaft mbH und
- DRENITA Grundstücks-Vermietungsgesellschaft mbH & Co. Objekt Fertigung Dräger-Medizintechnik KG

bestehen gegenwärtig keine wesentlichen Chancen und Risiken.

34 Rechtliche Risiken

Die Drägerwerk AG & Co. KGaA ist in Rechtsstreitigkeiten und Schadenersatzklagen im Rahmen der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit involviert. Der Vorstand geht davon aus, dass das Ergebnis der Rechtsstreitigkeiten und Schadenersatzklagen keine wesentliche nachteilige Auswirkung auf die Vermögens- und Finanzlage oder das Geschäftsergebnis haben wird.

Angaben zur Vergütung

35 Vergütung des Vorstands

Im Geschäftsjahr 2025 betrugen die Gesamtbezüge nach § 285 Nr. 9a HGB des aktiven Vorstands 9.032 Tsd. EUR (2024: 7.549 Tsd. EUR). In den Gesamtbezügen ist eine aktienbasierte Vergütung mit langfristiger Anreizwirkung enthalten, deren beizulegender Zeitwert zum Zeitpunkt der Zuteilung 1.619 Tsd. EUR beträgt (2024: 1.119 Tsd. EUR). Dieser Wert entspricht einer Anzahl von 23.745,32 Stück virtueller Aktien (2024: 25.681,30 Stück). Ausführlichere Angaben sind dem Vergütungsbericht der Gesellschaft zu entnehmen.

Soweit die Drägerwerk Verwaltungs AG Vorstandsvergütungen trägt, steht ihr nach § 11 Abs. 1 und Abs. 3 der Satzung der Drägerwerk AG & Co. KGaA ein monatlich abzurechnender Aufwendungsersatzanspruch gegen die Drägerwerk AG & Co. KGaA zu. Für die Geschäftsführung und die Übernahme der persönlichen Haftung erhält die persönlich haftende Gesellschafterin gemäß § 11 Abs. 4 der Satzung der Drägerwerk AG & Co. KGaA eine gewinn- und verlustunabhängige Vergütung in Höhe von sechs Prozent des im Jahresabschluss bilanzierten Eigenkapitals, die eine Woche nach der Aufstellung des Jahresabschlusses der persönlich haftenden Gesellschafterin fällig wird. Für das Geschäftsjahr 2025 beträgt diese Vergütung 122 Tsd. EUR (2024: 164 Tsd. EUR) zuzüglich eventuell anfallender Umsatzsteuer.

Die Bezüge ehemaliger Vorstandsmitglieder und ihrer Hinterbliebenen betrugen 3.570 Tsd. EUR (2024: 3.748 Tsd. EUR). Die Pensionsverpflichtungen gegenüber früheren Vorstandsmitgliedern und ihren Hinterbliebenen betrugen 28.118 Tsd. EUR (2024: 34.495 Tsd. EUR).

36 Vergütung des Aufsichtsrats

Für das Geschäftsjahr 2025 betrugen die Gesamtbezüge des Aufsichtsrats der Drägerwerk AG & Co. KGaA 682 Tsd. EUR (2024: 550 Tsd. EUR).

Im Geschäftsjahr 2025 erhielten die sechs Mitglieder des Aufsichtsrats der persönlich haftenden Gesellschafterin, der Drägerwerk Verwaltungs AG, eine Gesamtvergütung von 280 Tsd. EUR (2024: 267 Tsd. EUR). Diese beinhaltet eine zusätzliche Auslagenpauschale von insgesamt 60 Tsd. EUR (2024: 60 Tsd. EUR). Vergütungen an Aufsichtsräte verbundener Unternehmen wurden nicht gezahlt. Es erfolgt eine Weiterbelastung der Vergütung von der Drägerwerk Verwaltungs AG an die Drägerwerk AG & Co. KGaA.

Weitere Angaben zur individualisierten Vergütung des Vorstands und des Aufsichtsrats finden sich für das Geschäftsjahr 2025 im eigenständigen Vergütungsbericht; dieser kann auf der Website unter www.draeger.com/Verguetungsbericht abgerufen werden.

37 Transaktionen mit nahestehenden Personen und Unternehmen

Für Stefan Dräger und die ihm nahestehenden Gesellschaften und Personen, die Dräger Stiftung und die Dräger-Familienstiftung, wurden im Geschäftsjahr 2025 Dienstleistungen in Höhe von 22 Tsd. EUR (2024: 12 Tsd. EUR) erbracht. Forderungen bestanden zu beiden Stichtagen nicht.

Für das assoziierte Unternehmen MAPRA Assekuranzkontor GmbH wurden im Geschäftsjahr 2025 Miet- und Dienstleistungen in Höhe von 137 Tsd. EUR (2024: 120 Tsd. EUR) von der Drägerwerk AG & Co. KGaA erbracht. Es bestand eine Rückzahlungsverbindlichkeit in Höhe von 13 Tsd. EUR.

Die Vergütungen der Arbeitnehmervertreter im Aufsichtsrat für die Arbeitsleistung außerhalb der Aufsichtsrats Tätigkeit sind ebenfalls zu marktüblichen Konditionen abgeschlossen worden. Insgesamt sind die Vergütungen von unwesentlicher Bedeutung für den Dräger-Konzern.

Die Komplementärin der Drägerwerk AG & Co. KGaA und somit die persönlich haftende Gesellschafterin mit einem Kapitalanteil von null Prozent ist die Drägerwerk Verwaltungs AG. Es gibt nur wenige Transaktionen mit der Komplementärin, weil diese lediglich verwaltende Funktionen ausübt. Die persönlich haftende Gesellschafterin hat Anspruch auf Ersatz aller ihrer mit der Geschäftsführung für die Drägerwerk AG & Co. KGaA zusammenhängenden

Aufwendungen. Hierzu zählt die vertragsgemäße Vergütung ihrer Organe. Diese Auslagen setzen sich zusammen aus der Vergütung des Vorstands, der Vergütung ihres Aufsichtsrats, der Haftungsvergütung sowie sonstigen Aufwendungen.

Gegenüber der Drägerwerk Verwaltungs AG bestanden zum 31. Dezember 2025 Verbindlichkeiten in Höhe von 9.193 Tsd. EUR (2024: 7.620 Tsd. EUR); diese resultieren im Wesentlichen aus dem Cash-Concentrating und der Managementvergütung. Die Aufwendungen für Leistungen der Drägerwerk Verwaltungs AG beliefen sich im Geschäftsjahr 2025 auf 7.022 Tsd. EUR (2024: 6.560 Tsd. EUR). Sie setzten sich überwiegend aus Leistungen zur Managementvergütung in Höhe von 6.172 Tsd. EUR (2024: 4.571 Tsd. EUR) und Versorgungsaufwand in Höhe von 799 Tsd. EUR (2024: 774 Tsd. EUR) zusammen. Für die Drägerwerk Verwaltungs AG wurden im Berichtsjahr Dienstleistungen in Höhe von 79 Tsd. EUR (2024: 416 Tsd. EUR) erbracht. Zum 31. Dezember 2025 bestanden hieraus Forderungen in Höhe von 34 Tsd. EUR (2024: 133 Tsd. EUR).

Alle Geschäfte mit nahestehenden Personen und Unternehmen wurden zu marktüblichen Konditionen abgewickelt.

38 Honorar des Abschlussprüfers

Das vom Abschlussprüfer der Gesellschaft für das Geschäftsjahr 2025 gezahlte beziehungsweise zu zahlende Gesamthonorar ist, aufgeschlüsselt nach Abschlussprüfungsleistungen, anderen Bestätigungsleistungen und sonstigen Leistungen, in der entsprechenden Angabe des Konzernabschlusses der Drägerwerk AG & Co. KGaA dargestellt.

Die Abschlussprüfungsleistungen beinhalten die Honorare für die Konzernabschlussprüfung sowie die gesetzlich vorgeschriebenen Prüfungen oder freiwilligen Prüfungen der Drägerwerk AG & Co. KGaA und der in den Konzernabschluss einbezogenen Tochterunternehmen. Die Honorare für die Bestätigungsleistungen umfassen gesetzlich vorgeschriebene Bestätigungsleistungen zu EMIR und Prüfungen nach der Verpackungsverordnung sowie freiwillige Bestätigungsleistungen im Zusammenhang mit Financial Covenants. Die sonstigen Leistungen enthalten Leistungen zur Vorbereitung der Prüfungsbereitschaft hinsichtlich der Nachhaltigkeitsberichterstattung und Leistungen im Zusammenhang mit dem Bereitstellen der Anwendung „Valuation Data Source“ über ein „Software as a Service“ Modell.

39 Wesentliche direkte und indirekte Beteiligungen der Drägerwerk AG & Co. KGaA

Anteilsbesitz der Drägerwerk AG & Co. KGaA, Stand 31. Dezember 2025

		Anteil am Kapital in %		in Tsd. €	in Tsd. €
	Name und Sitz der Gesellschaft	direkt	indirekt	Eigenkapital ¹	Ergebnis ¹
Deutschland					
	Dräger Safety AG & Co. KGaA, Lübeck	100		228.914	161.289 ²
	Dräger Medical Deutschland GmbH, Lübeck	100		47.904	-1.995 ²
	Dräger Electronics GmbH, Lübeck	100		-9.592	-125
	Dräger Digital GmbH, Lübeck	100		1.575	120
	Dräger Safety Verwaltungs AG, Lübeck	100		1.120	114 ²
	Dräger TGM GmbH, Lübeck		100	4.499	2.985 ²
	Dräger Medical ANSY GmbH, Lübeck	100		20.977	16.028 ²
	Dräger Interservices GmbH, Lübeck	30	70	5.443	1.651 ²
	Dräger Gebäude und Service GmbH, Lübeck	100		1.867	680 ²
	Dräger Medical International GmbH, Lübeck	100		225.338	68.784 ²
	MAPRA Assekuranzkontor GmbH, Lübeck	49		1.691	1.251 ^{3,4}
	Fachklinik für Anästhesie und Intensivmedizin Vahrenwald GmbH, Lübeck		100	-7.673	-283 ²
	Dräger Energie GmbH, Lübeck		100	25	-2 ²
	FIMMUS Grundstücks-Vermietungsgesellschaft mbH, Lübeck	100		30	-3 ²
	FIMMUS Grundstücks-Vermietungsgesellschaft mbH & Co. Objekt Lübeck KG, Lübeck	100		91	-4
	DRENITA Grundstücks- und Vermietungsgesellschaft mbH & Co. Objekt Fertigung Dräger Medizintechnik KG, Düsseldorf	100		581	23
	Dräger Holding International GmbH, Lübeck	100		59.473	1.674 ²
Europa					
Belgien	Dräger Belgium NV, Wemmel		100	19.884	2.938
Bulgarien	Draeger Bulgaria EOOD, Sofia		100	1.636	566
Dänemark	Dräger Danmark A/S, Herlev		100	3.065	593
Finnland	Dräger Suomi Oy, Vantaa		100	1.686	387
Frankreich	Dräger France SAS, Antony		100	19.792	4.626
	Dräger Production France SAS, Obernai		100	3.410	242
Griechenland	Draeger Hellas S.M.A.E. for Products of Medical and Safety Technology, Athen		100	5.147	397
Großbritannien	Draeger Safety UK Ltd., Blyth		100	80.746	9.093
	Draeger Medical UK Ltd., Hemel Hempstead	52,63	47,37	8.282	1.946
Irland	Dräger Ireland Ltd., Dublin		100	943	516
Italien	Draeger Italia S.p.A., Corsico		100	15.121	2.727
Kroatien	Dräger Medical Croatia d.o.o., Zagreb		100	2.783	1.023
	Dräger Safety d.o.o., Zagreb		100	1.132	275
Litauen	QuaDigi UAB, Vilnius		100	2.992	1.280
Niederlande	Dräger Nederland B.V., Zoetermeer		100	18.644	3.159
Norwegen	Dräger Norge AS, Oslo		100	2.403	1.210
	GasSecure AS, Oslo		100	3.523	67
Österreich	Dräger Austria GmbH, Wien		100	33.938	4.515
Polen	Dräger Polska Sp. z o.o., Warschau		100	10.862	2.823
Portugal	Dräger Portugal, Lda, Carnaxide	0,01	99,99	2.144	697
Rumänien	Draeger Romania srl, District 1, Bucharest		100	5.684	1.388
Russland	Dräger OOO, Moskau		100	9.605	1.848

¹ IFRS-Werte (Handelsbilanz II)

² ohne Ergebnisabführungsvertrag

³ Vorjahreswert gemäß HGB

⁴ Assoziiertes Unternehmen im Sinne von §§ 311, 312 HGB

Anteilsbesitz der Drägerwerk AG & Co. KGaA, Stand 31. Dezember 2025

		Anteil am Kapital in %		in Tsd. €	in Tsd. €
	Name und Sitz der Gesellschaft	direkt	indirekt	Eigenkapital ¹	Ergebnis ¹
Europa (Fortsetzung)					
Schweden	Dräger Sverige AB, Kista		100	4.105	1.793
	ACE Protection AB, Svenljunga		100	5.189	77
	AB Ulax, Motala		75	960	-85
Schweiz	Dräger Schweiz AG, Liebfeld-Bern		100	8.902	4.677
	STIMIT AG, Biel/Bienne	67,32		-13.896	-2.444
Serbien	Dräger tehnika trgovina i servisiranje d.o.o., Vozdovac Belgrad		100	5.494	831
Slowakei	Dräger Slovensko s.r.o., Piestany		100	1.479	432
Slowenien	Dräger Slovenija d.o.o., Ljubljana-Crnuce		100	1.361	227
Spanien	Dräger Hispania S.A.U., Madrid		100	25.168	3.424
Tschechien	Dräger Medical s.r.o., Čestlice		100	4.184	644
	Dräger Safety s.r.o., Čestlice		100	2.307	479
	Dräger Manufacturing Czech s.r.o., Klášterec nad Ohří		100	14.199	1.604
Türkei	Draeger Medikal Ticaret ve Servis A.S., Istanbul		100	7.502	1.005
	Draeger Safety Korunma Teknolojileri A.S., Istanbul		100	5.911	415
Ungarn	Dräger Safety Hungaria Kereskedelmi és Szolgáltató Kft., Budapest		100	785	262
	Dräger Medical Hungary Sales and Service Kft., Budapest		100	854	64
Afrika					
Ghana	Draeger Ghana Ltd, Accra-North		100	2.255	604
Kenia	Dräger Kenya Ltd, Nairobi		100	870	-23
Marokko	Draeger Maroc SARL AU, Casablanca		100	5.804	-1.557
Südafrika	Dräger South Africa (Pty) Ltd, Buccleuch		69	9.225	1.987
	Dräger Safety Zenith (Pty) Ltd, East London		100	2.521	121
Amerika					
Argentinien	Drager Argentina S.A., Buenos Aires	10	90	8.346	464
Brasilien	Dräger do Brasil Ltda., São Paulo	100		22.502	703
	Dräger Safety do Brasil Equipamentos de Segurança Ltda., São Paulo		100	7.585	1.985
Chile	Dräger Chile Ltda., Santiago	99,99	0,01	8.908	509
	Dräger-Simsa S.A., Santiago		51	2.977	611
Kanada	Draeger Safety Canada Ltd., Mississauga		100	5.877	1.340
	Draeger Medical Canada Inc., Mississauga		100	3.944	524
	Focus Field Solutions Inc., St. John's		29,53	-	- 4,5
Kolumbien	Draeger Colombia S.A., Bogotá D.C.	1,5	98,5	10.986	1.012
Mexiko	Draeger Safety, S.A. de C.V., Col. Lomas de Santa Fe		100	3.847	408
	Dräger Medical Mexico, S.A. de C.V., Col. Lomas de Santa Fe		100	15.074	915
Panama	Draeger Panama Comercial, S. de R.L., Ciudad de Panamá		100	1.316	71
Peru	Draeger Peru S.A.C., Lima		100	4.755	-35
USA	Draeger, Inc., Harrisburg		100	52.933	16.419
	Draeger Medical Systems, Inc., Wilmington, New Castle County		100	283.361	53.130
Asien/Australien					
China V.R.	Shanghai Dräger Medical Instrument Co., Ltd., Shanghai		100	10.164	-1.286
	Draeger Safety Equipment (China) Co., Ltd., Peking		100	16.609	1.348
	Dräger Medical Equipment (Shanghai) Co., Ltd., Shanghai		100	20.117	2.024
	Dräger Medical Systems (Shanghai) Co., Ltd., Shanghai		100	8.079	22
Hongkong	Draeger Hong Kong Limited, Kwun Tong, Kowloon		100	2.500	871

¹ IFRS-Werte (Handelsbilanz II)

⁴ Assoziiertes Unternehmen im Sinne von §§ 311, 312 HGB

⁵ Unternehmen unterliegt keiner Offenlegungspflicht

Anteilsbesitz der Drägerwerk AG & Co. KGaA, Stand 31. Dezember 2025

		Anteil am Kapital in %		in Tsd. €	in Tsd. €
	Name und Sitz der Gesellschaft	direkt	indirekt	Eigenkapital ¹	Ergebnis ¹
Asien/Australien (Fortsetzung)					
Indien	Draeger India Pvt. Ltd., Mumbai	100		18.018	3.160
	Draeger Safety India Pvt. Ltd., Mumbai		100	3.976	1.278
Indonesien	PT Draegerindo Jaya, Jakarta		100	1.297	101
	PT Draeger Medical Indonesia, Jakarta	5	95	6.542	698
Japan	Draeger Japan Ltd., Tokio		100	8.900	1.768
Malaysia	Draeger Malaysia Sdn. Bhd., Kuala Lumpur		100	3.922	582
Philippinen	Draeger Philippines Corporation, Pasig City		100	1.689	573
Saudi-Arabien	Draeger Arabia LLC, Riyadh	25,5	25,5	39.840	2.866
	Draeger Medical International Regional Headquarter LLC, Riyadh		100	66	45
Singapur	Draeger Singapore Pte Ltd., Singapur		100	10.084	2.900
Südkorea	Draeger Korea Co., Ltd., Hanam		100	6.817	541
Taiwan	Draeger Safety Taiwan Co., Ltd., Hsinchu City		100	2.624	379
	Draeger Medical Taiwan Ltd., Taipei City		100	2.969	123
Thailand	Draeger Medical (Thailand) Ltd., Bangkok		100	7.110	410
	Draeger Safety (Thailand) Ltd., Bangkok		100	1.198	108
Vietnam	Draeger Vietnam Co., Ltd., Ho Chi Minh City		100	1.385	261
Australien	Draeger Safety Pacific Pty Ltd, Notting Hill		100	0	0
	Draeger Australia Pty Ltd, Notting Hill	100		15.829	2.208
Neuseeland	Draeger New Zealand Ltd, Auckland		100	1.469	470

¹ IFRS-Werte (Handelsbilanz II)

40 Nachtragsbericht

Ereignisse nach dem Bilanzstichtag:

Im Februar 2026 hat Dräger die Anteile an der Tochtergesellschaft STIMIT AG, Biel/Bienne, Schweiz, vollständig veräußert. Bis zum 31. Dezember 2025 hatte der Vorstand keine Beschlüsse zu dem Verkauf gefasst. Die Erkenntnisse aus dem Verkauf wurden in die Bemessung des beizulegenden Werts der Anteile an verbundene Unternehmen zum Bilanzstichtag einbezogen.

Vorschlag für die Verwendung des Bilanzgewinns

Der Bilanzgewinn des Geschäftsjahres 2025 beträgt 568.291.044,75 EUR. Darin ist ein Gewinnvortrag von 417.609.242,50 EUR enthalten. Die Drägerwerk Verwaltungs AG als Komplementärin der Drägerwerk AG & Co. KGaA beabsichtigt, gemeinsam mit dem Aufsichtsrat der Drägerwerk AG & Co. KGaA, Lübeck, der Hauptversammlung vorzuschlagen, diesen Bilanzgewinn wie folgt zu verwenden:

Vorschlag für die Verwendung des Bilanzgewinns

in €

2,21 EUR Dividende auf 10.160.000 Stück Stammaktien	22.453.600
2,27 EUR Dividende auf 8.600.000 Stück Vorzugsaktien	19.522.000

Es wird vorgeschlagen, den verbleibenden Bilanzgewinn des Geschäftsjahres 2025 in Höhe von 526.315.444,75 EUR auf neue Rechnung vorzutragen.

Organe der Gesellschaft¹

Aufsichtsrat der Drägerwerk AG & Co. KGaA

Maria Dietz

Vorsitzende des Aufsichtsrats (seit 1. Januar 2025)

Mitglied des Verwaltungsrats und Anteilseignerin der GFT Technologies SE², Stuttgart

Aufsichtsratsmandate:

- Dräger Safety AG & Co. KGaA³, Lübeck
- Drägerwerk Verwaltungs AG, Lübeck, stellvertretende Aufsichtsratsvorsitzende
- Ernst Klett Aktiengesellschaft, Stuttgart
- GFT Technologies SE², Stuttgart, Mitglied des Verwaltungsrats
- LBBW Asset Management Investmentgesellschaft mbH, Stuttgart

Christian Fischer

Stellvertretender Vorsitzender des Aufsichtsrats

Mitglied Dräger European Forum / Europäischer Betriebsrat, Lübeck

Vorsitzender des Betriebsrats Dräger Lübeck, Lübeck

Vorsitzender des Gesamtbetriebsrats Dräger, Lübeck

Dr. Peter Bartels (seit 1. Juli 2025)

Geschäftsführer der Dr. Hans Riegel Holding GmbH

Aufsichtsratsmandate:

- Dräger Safety AG & Co. KGaA³, Lübeck (seit 1. Juli 2025)
- Drägerwerk Verwaltungs AG, Lübeck (seit 1. Juli 2025)

Mitgliedschaften in vergleichbaren Kontrollgremien in- und ausländischer Wirtschaftsunternehmen:

- Beirat der HYDAC-Gruppe, Sulzbach

Bettina van Almsick (bis 30. April 2025)

Vorsitzende des Betriebsrats Dräger Vertrieb und Service Deutschland, Essen

Mitglied des Betriebsrats Dräger Vertrieb und Service Deutschland, Lübeck

Mitglied des Gesamtbetriebsrats Dräger, Lübeck

Aufsichtsratsmandate:

- Dräger Medical Deutschland GmbH³, Lübeck, stellvertretende Vorsitzende

Eckard Gesell

Leitender Angestellter, Drägerwerk AG & Co. KGaA², Lübeck

¹ Dieses Kapitel ist auch Bestandteil der Konzernnachhaltigkeitserklärung im zusammengefassten Lagebericht.

² Börsennotiertes Unternehmen

³ Konzernmandat im Sinne des § 18 AktG

Andrea Görndt

Vorsitzende Dräger European Forum / Europäischer Betriebsrat, Lübeck

Mitglied des Betriebsrats Dräger, Lübeck

Mitglied des Gesamtbetriebsrats Dräger, Lübeck

Prof. Dr. Thorsten Grenz

Geschäftsführender Gesellschafter der KIMBRIA Gesellschaft für Beteiligung und Beratung mbH, Berlin

Honorarprofessor der Wirtschafts- und Sozialwissenschaftlichen Fakultät der Christian-Albrechts-Universität, Kiel

Aufsichtsratsmandate:

- Dräger Safety AG & Co. KGaA³, Lübeck, Vorsitzender (seit 1. Januar 2025)
- Dräger Safety Verwaltungs AG³, Lübeck, Vorsitzender (seit 1. Januar 2025)
- Drägerwerk Verwaltungs AG, Lübeck
- SNP Schneider-Neureither & Partner SE², Heidelberg (bis 30. Juni 2025)

Mitgliedschaften in vergleichbaren Kontrollgremien in- und ausländischer Wirtschaftsunternehmen:

- Gerlin Participaties Coöperatief U.A., Maarsbergen, Niederlande

Henning Groskreutz

1. Bevollmächtigter / Geschäftsführer IG Metall Lübeck-Wismar

Aufsichtsratsmandate:

- Dräger Safety AG & Co. KGaA³, Lübeck
- L. Possehl & Co. mbH, Lübeck

Astrid Hamker

Beiratsmitglied und Gesellschafterin Piepenbrock Unternehmensgruppe GmbH & Co. KG, Berlin

KOMPASS-Beratung, selbstständige Tätigkeit in der Beratung von Familienunternehmen, Georgsmarienhütte

Aufsichtsratsmandate:

- Dräger Safety AG & Co. KGaA³, Lübeck
- Drägerwerk Verwaltungs AG, Lübeck
- L. Possehl & Co. mbH, Lübeck
- Schmitz Cargobull AG, Horstmar

Mitgliedschaften in vergleichbaren Kontrollgremien in- und ausländischer Wirtschaftsunternehmen:

- Felix Schoeller Gruppe GmbH & Co. KG, Osnabrück
- Piepenbrock Unternehmensgruppe GmbH & Co. KG, Berlin, Mitglied des Beirats
- Tengelmann Verwaltungs- und Beteiligungs GmbH, München

Stefan Lauer

Ehemaliges Vorstandsmitglied der Deutsche Lufthansa AG², Frankfurt

Aufsichtsratsmandate:

- Dräger Safety AG & Co. KGaA³, Lübeck
- Dräger Safety Verwaltungs AG³, Lübeck
- Drägerwerk Verwaltungs AG, Lübeck, Vorsitzender
- People at Work Systems AG, München

Mitgliedschaften in vergleichbaren Kontrollgremien in- und ausländischer Wirtschaftsunternehmen:

- Valeta GmbH, Bad Säckingen, Vorsitzender des Beirats

² Börsennotiertes Unternehmen

³ Konzernmandat im Sinne des § 18 AktG

Laura Pooth

Vorsitzende des DGB Bezirk Nord – Deutscher Gewerkschaftsbund, Hamburg

Aufsichtsratsmandate:

- Bürgschaftsbank Schleswig-Holstein GmbH, Kiel
- Dräger Safety AG & Co. KGaA³, Lübeck

Mitgliedschaften in vergleichbaren Kontrollgremien in- und ausländischer Wirtschaftsunternehmen:

- Bundesagentur für Arbeit, Nürnberg, stellvertretendes Mitglied des Verwaltungsrats

Frank Riemensperger

Geschäftsführer 440.digital GmbH

Mitglied des Präsidiums, Deutsche Akademie der Technikwissenschaften

Aufsichtsratsmandate:

- Dräger Safety AG & Co. KGaA³, Lübeck
- Dräger Safety Verwaltungs AG³, Lübeck
- Drägerwerk Verwaltungs AG, Lübeck
- Sartorius AG², Göttingen

Mitgliedschaften in vergleichbaren Kontrollgremien in- und ausländischer Wirtschaftsunternehmen:

- Datenraum Mobilität GmbH, München
- Mitglied des Verwaltungsrats der GFT Technologies SE², Stuttgart (seit 5. Juni 2025)

Marion Schumann (seit 1. Mai 2025)

Vorsitzende des Betriebsrats Dräger Vertrieb und Service Deutschland, Markkleeberg

Mitglied des Betriebsrats Dräger Vertrieb und Service Deutschland, Lübeck

Dr. Reinhard Zinkann (bis 30. Juni 2025)

Geschäftsführender Gesellschafter der Miele & Cie. KG, Gütersloh

Aufsichtsratsmandate:

- Dräger Safety AG & Co. KGaA³, Lübeck
- Drägerwerk Verwaltungs AG, Lübeck
- Falke KGaA, Schmallenberg (Vorsitzender)

Mitgliedschaften in vergleichbaren Kontrollgremien in- und ausländischer Wirtschaftsunternehmen:

- Hipp & Co., Pfaffenhofen, Verwaltungsratspräsident
- Nobilia-Werke J. Stickling GmbH & Co. KG, Verl, Vorsitzender des Beirats

² Börsennotiertes Unternehmen

³ Konzernmandat im Sinne des § 18 AktG

Mitglieder des Prüfungsausschusses

Prof. Dr. Thorsten Grenz (Vorsitzender)
Dr. Peter Bartels (seit 1. Juli 2025)
Christian Fischer
Henning Groskreutz
Stefan Lauer
Frank Riemensperger (bis 30. Juni 2025)

Mitglieder des Nominierungsausschusses

Maria Dietz (Vorsitzende seit 1. Januar 2025)
Prof. Dr. Thorsten Grenz (seit 1. Juli 2025)
Stefan Lauer
Dr. Reinhard Zinkann (bis 30. Juni 2025)

Mitglieder des Gemeinsamen Ausschusses

Vertreter der Drägerwerk Verwaltungs AG:
Dr. Peter Bartels (seit 1. Juli 2025)
Maria Dietz
Astrid Hamker
Frank Riemensperger
Dr. Reinhard Zinkann (bis 30. Juni 2025)

Vertreter der Drägerwerk AG & Co. KGaA²:
Prof. Dr. Thorsten Grenz (Vorsitzender seit 1. Januar 2025)
Christian Fischer
Henning Groskreutz
Stefan Lauer

² Börsennotiertes Unternehmen

Als Vorstände der Drägerwerk Verwaltungs AG handeln für die Drägerwerk AG & Co. KGaA

Stefan Dräger

Vorstandsvorsitzender

Vorstandsvorsitzender der Drägerwerk Verwaltungs AG, Lübeck

(Komplementär-AG der Drägerwerk AG & Co. KGaA)

Vorstandsvorsitzender der Dräger Safety Verwaltungs AG, Lübeck

(Komplementär-AG der Dräger Safety AG & Co. KGaA)

Aufsichtsratsmandate:

- L. Possehl & Co. mbH, Lübeck, Vorsitzender (seit 30. April 2025)
- Sparkasse zu Lübeck AG, Lübeck

Gert-Hartwig Lescow

Vorstand Finanzen und IT, stellvertretender Vorstandsvorsitzender

Mitglied des Vorstands der Drägerwerk Verwaltungs AG, Lübeck

(Komplementär-AG der Drägerwerk AG & Co. KGaA)

Mitglied des Vorstands der Dräger Safety Verwaltungs AG, Lübeck

(Komplementär-AG der Dräger Safety AG & Co. KGaA)

Aufsichtsratsmandate:

- Carl Zeiss AG, Oberkochen, Vorsitzender des Prüfungsausschusses

Stefanie Hirsch

Vorständin Nachhaltigkeit und Qualität

Mitglied des Vorstands der Drägerwerk Verwaltungs AG, Lübeck

(Komplementär-AG der Drägerwerk AG & Co. KGaA)

Mitglied des Vorstands der Dräger Safety Verwaltungs AG, Lübeck

(Komplementär-AG der Dräger Safety AG & Co. KGaA)

Rainer Klug

Vorstand Sicherheitstechnik

Mitglied des Vorstands der Drägerwerk Verwaltungs AG, Lübeck

(Komplementär-AG der Drägerwerk AG & Co. KGaA)

Mitglied des Vorstands der Dräger Safety Verwaltungs AG, Lübeck

(Komplementär-AG der Dräger Safety AG & Co. KGaA)

Dr. Reiner Piske

Vorstand Vertrieb und Personal

Mitglied des Vorstands der Drägerwerk Verwaltungs AG, Lübeck

(Komplementär-AG der Drägerwerk AG & Co. KGaA)

Mitglied des Vorstands der Dräger Safety Verwaltungs AG, Lübeck

(Komplementär-AG der Dräger Safety AG & Co. KGaA)

Anton Schrofner
Vorstand Medizintechnik

Mitglied des Vorstands der Drägerwerk Verwaltungs AG, Lübeck
(Komplementär-AG der Drägerwerk AG & Co. KGaA)
Mitglied des Vorstands der Dräger Safety Verwaltungs AG, Lübeck
(Komplementär-AG der Dräger Safety AG & Co. KGaA)

Mitgliedschaften in vergleichbaren Kontrollgremien in- und ausländischer Wirtschaftsunternehmen:

- Draeger Medical Systems, Inc.³, Telford, USA, Mitglied des Board of Directors
- Sibel Health, Inc., Chicago, USA, Mitglied des Board of Directors

Lübeck, 27. Februar 2026

Drägerwerk AG & Co. KGaA
Die persönlich haftende Gesellschafterin
Drägerwerk Verwaltungs AG
diese vertreten durch ihren Vorstand

Stefan Dräger
Gert-Hartwig Lescow
Stefanie Hirsch
Rainer Klug
Dr. Reiner Piske
Anton Schrofner

³ Konzernmandat im Sinne des § 18 AktG

Erklärung der gesetzlichen Vertreter

Wir versichern nach bestem Wissen, dass gemäß den anzuwendenden Rechnungslegungsgrundsätzen der Jahresabschluss ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Gesellschaft vermittelt und im zusammengefassten Lagebericht des Geschäftsberichts der Geschäftsverlauf einschließlich des Geschäftsergebnisses und die Lage der Gesellschaft so dargestellt sind, dass ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild vermittelt wird, sowie die wesentlichen Chancen und Risiken der voraussichtlichen Entwicklung der Gesellschaft beschrieben sind.

Lübeck, 27. Februar 2026

Drägerwerk AG & Co. KGaA
Die persönlich haftende Gesellschafterin
Drägerwerk Verwaltungs AG
diese vertreten durch ihren Vorstand

Stefan Dräger
Gert-Hartwig Lescow
Stefanie Hirsch
Rainer Klug
Dr. Reiner Piske
Anton Schrofner

Bestätigungsvermerk des unabhängigen Abschlussprüfers

An die Drägerwerk AG & Co. KGaA, Lübeck

Vermerk über die Prüfung des Jahresabschlusses und des zusammengefassten Lageberichts

Prüfungsurteile

Wir haben den Jahresabschluss der Drägerwerk AG & Co. KGaA, Lübeck, – bestehend aus der Bilanz zum 31.12.2025 und der Gewinn- und Verlustrechnung für das Geschäftsjahr vom 1. Januar bis zum 31.12.2025 sowie dem Anhang, einschließlich der Darstellung der Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden – geprüft. Darüber hinaus haben wir den Bericht über die Lage der Gesellschaft und des Konzerns (im Folgenden „zusammengefasster Lagebericht“) der Drägerwerk AG & Co. KGaA für das Geschäftsjahr vom 1. Januar bis zum 31.12.2025 geprüft.

Die im Abschnitt „Sonstige Informationen“ unseres Bestätigungsvermerks genannten Bestandteile des zusammengefassten Lageberichts haben wir in Einklang mit den deutschen gesetzlichen Vorschriften nicht inhaltlich geprüft.

Nach unserer Beurteilung aufgrund der bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnisse:

- entspricht der beigefügte Jahresabschluss in allen wesentlichen Belangen den deutschen, für Kapitalgesellschaften geltenden handelsrechtlichen Vorschriften und vermittelt unter Beachtung der deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens- und Finanzlage der Gesellschaft zum 31.12.2025 sowie ihrer Ertragslage für das Geschäftsjahr vom 1. Januar bis zum 31.12.2025 und
- vermittelt der beigefügte zusammengefasste Lagebericht insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage der Gesellschaft. In allen wesentlichen Belangen steht dieser zusammengefasste Lagebericht in Einklang mit dem Jahresabschluss, entspricht den deutschen gesetzlichen Vorschriften und stellt die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend dar. Unser Prüfungsurteil zum zusammengefassten Lagebericht erstreckt sich nicht auf den Inhalt der im Abschnitt „Sonstige Informationen“ genannten Bestandteile des zusammengefassten Lageberichts.

Gemäß § 322 Abs. 3 Satz 1 HGB erklären wir, dass unsere Prüfung zu keinen Einwendungen gegen die Ordnungsmäßigkeit des Jahresabschlusses und des zusammengefassten Lageberichts geführt hat.

Grundlage für die Prüfungsurteile

Wir haben unsere Prüfung des Jahresabschlusses und des zusammengefassten Lageberichts in Übereinstimmung mit § 317 HGB und der EU-Abschlussprüferverordnung (Nr. 537/2014; im Folgenden „EU-APrVO“) unter Beachtung der vom Institut der Wirtschaftsprüfer (IDW) festgestellten deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Abschlussprüfung durchgeführt. Unsere Verantwortung nach diesen Vorschriften und Grundsätzen ist im Abschnitt „Verantwortung des Abschlussprüfers für die Prüfung des Jahresabschlusses und des zusammengefassten Lageberichts“ unseres Bestätigungsvermerks weitergehend beschrieben. Wir sind von dem Unternehmen unabhängig in Übereinstimmung mit den europarechtlichen sowie den deutschen handelsrechtlichen und berufsrechtlichen Vorschriften und haben unsere sonstigen deutschen Berufspflichten in Übereinstimmung mit diesen Anforderungen erfüllt. Darüber hinaus erklären wir gemäß Artikel 10 Abs. 2 Buchst. f) EU-APrVO, dass wir keine verbotenen Nichtprüfungsdienstleistungen nach Artikel 5 Abs. 1 EU-APrVO erbracht haben. Wir sind der Auffassung, dass die von uns erlangten Prüfungsnachweise ausreichend und geeignet sind, um als Grundlage für unsere Prüfungsurteile zum Jahresabschluss und zum zusammengefassten Lagebericht zu dienen.

Besonders wichtige Prüfungssachverhalte in der Prüfung des Jahresabschlusses

Besonders wichtige Prüfungssachverhalte sind solche Sachverhalte, die nach unserem pflichtgemäßen Ermessen am bedeutsamsten in unserer Prüfung des Jahresabschlusses für das Geschäftsjahr vom 1. Januar bis zum 31.12.2025 waren. Diese Sachverhalte wurden im Zusammenhang mit unserer Prüfung des Jahresabschlusses als Ganzem und bei der Bildung unseres Prüfungsurteils hierzu berücksichtigt; wir geben kein gesondertes Prüfungsurteil zu diesen Sachverhalten ab.

Werthaltigkeit der Anteile an verbundenen Unternehmen

Zu den angewandten Bilanzierungs- und Bewertungsgrundlagen verweisen wir auf den Anhang Ziffer 4 Bilanzierungs- und Bewertungsgrundsätze. Die Entwicklung der Anteile an verbundenen Unternehmen ist im Anhang unter Ziffer 20 Finanzanlagen dargestellt.

Das Risiko für den Abschluss

Im Jahresabschluss der Drägerwerk AG & Co. KGaA zum 31. Dezember 2025 werden unter den Finanzanlagen Anteile an verbundenen Unternehmen in Höhe von EUR 638,5 Mio. ausgewiesen. Der Anteil der Anteile an verbundenen Unternehmen an der Bilanzsumme beläuft sich auf insgesamt 31,8 % und hat somit einen wesentlichen Einfluss auf die Vermögenslage der Gesellschaft.

Die Anteile an verbundenen Unternehmen werden zu Anschaffungskosten bzw. bei voraussichtlich dauernder Wertminderung zum niedrigeren beizulegenden Wert bilanziert. Den beizulegenden Wert ermittelt die Gesellschaft für Anteile an verbundenen Unternehmen grundsätzlich mithilfe des Discounted-Cashflow-Verfahrens (DCF-Verfahren).

Die für das DCF-Verfahren verwendeten Zahlungsströme beruhen auf beteiligungsindividuellen Planungen für die nächsten fünf Jahre, die mit Annahmen über langfristige Wachstumsraten fortgeschrieben werden. Der jeweilige Kapitalisierungszinssatz wird aus der Rendite einer risikoadäquaten Alternativanlage abgeleitet. Ist der beizulegende Wert niedriger als der Buchwert, so wird anhand qualitativer und quantitativer Kriterien untersucht, ob die Wertminderung voraussichtlich dauernd ist.

Die Berechnung des beizulegenden Werts nach dem DCF-Verfahren ist komplex und hinsichtlich der getroffenen Annahmen in hohem Maße von Einschätzungen und Beurteilungen der Gesellschaft abhängig. Dies gilt insbesondere für die Schätzung der künftigen Zahlungsströme und langfristigen Wachstumsraten, die Ermittlung der Kapitalisierungszinssätze sowie die Einschätzung der Dauerhaftigkeit der Wertminderung. Die Gesellschaft hat im Geschäftsjahr 2025 außerplanmäßige Abschreibungen auf Anteile an verbundene Unternehmen in Höhe von EUR 7,2 Mio. vorgenommen.

Es besteht das Risiko für den Abschluss, dass Wertminderungen nicht in ausreichender Höhe erfasst wurden und die Anteile an verbundenen Unternehmen somit nicht werthaltig sind.

Unsere Vorgehensweise in der Prüfung

Zunächst haben wir anhand der im Rahmen unserer Prüfung gewonnenen Informationen anhand eines risikoorientierten Vorgehens beurteilt, bei welchen Anteilen an verbundene Unternehmen Anhaltspunkte für einen Abschreibungsbedarf bestehen.

Anschließend haben wir unter Einbezug unserer Bewertungsspezialisten die Angemessenheit der wesentlichen Annahmen sowie der Bewertungsmethode für diese Gesellschaften beurteilt. Dazu haben wir die erwarteten Zahlungsströme sowie die unterstellten langfristigen Wachstumsraten mit den Planungsverantwortlichen erörtert. Außerdem haben wir Abstimmungen mit den Prognosen für diese Gesellschaften und eine Überleitung zu dem von den gesetzlichen Vertretern erstellten und vom Aufsichtsrat genehmigten Budget für das jeweilige Segment vorgenommen. Darüber hinaus haben wir die Konsistenz der Annahmen mit externen Markteinschätzungen beurteilt.

Ferner haben wir uns von der bisherigen Prognosegüte der Gesellschaft überzeugt, indem wir Planungen früherer Geschäftsjahre auf Ebene des jeweiligen Segments mit den tatsächlich realisierten Ergebnissen verglichen und Abweichungen analysiert haben. Um Auffälligkeiten in der geplanten Margenentwicklung zu erkennen, haben wir

zudem für risikoorientiert ausgewählte Gesellschaften analytische Prüfungshandlungen durchgeführt, indem wir eigene Erwartungswerte gebildet und diese mit den geplanten EBIT-Margen verglichen haben.

Die dem Kapitalisierungszinssatz zugrunde liegenden Annahmen und Daten, insb. den risikofreien Zinssatz, die Marktrisikoprämie und den Betafaktor, haben wir mit eigenen Annahmen und öffentlich verfügbaren Daten verglichen. Um der bestehenden Prognoseunsicherheit Rechnung zu tragen, haben wir darüber hinaus die Auswirkungen möglicher Veränderungen des Kapitalisierungszinssatzes, der erwarteten Umsatzerlöse und EBIT-Marge sowie der langfristigen Wachstumsrate auf den beizulegenden Wert untersucht, indem wir alternative Szenarien berechnet und mit den Bewertungsergebnissen der Gesellschaft verglichen haben (Sensitivitätsanalyse). Zur Sicherstellung der rechnerischen Richtigkeit der verwendeten Bewertungsmethode haben wir die Berechnungen der Gesellschaft auf Basis risikoorientiert ausgewählter Elemente nachvollzogen.

Bei Vorliegen eines verbindlichen Angebots für den Erwerb einer Beteiligung haben wir beurteilt, ob die Einschätzung des beizulegenden Zeitwerts durch die Gesellschaft in Übereinstimmung mit dem Verkaufsvertrag steht.

Unsere Schlussfolgerungen

Das der Werthaltigkeitsprüfung der Anteile an verbundene Unternehmen zugrunde liegende Vorgehen ist sachgerecht und steht im Einklang mit den Bewertungsgrundsätzen. Die Annahmen und Daten der Gesellschaft sind sachgerecht.

Sonstige Informationen

Die gesetzlichen Vertreter bzw. der Aufsichtsrat sind für die sonstigen Informationen verantwortlich. Die sonstigen Informationen umfassen die folgenden nicht inhaltlich geprüften Bestandteile des zusammengefassten Lageberichts:

- die Nachhaltigkeitserklärung einschließlich der zusammengefassten nichtfinanziellen Erklärung der Gesellschaft und des Konzerns, die als Abschnitt „Konzernnachhaltigkeitserklärung“ des zusammengefassten Lageberichts enthalten ist,
- die zusammengefasste Erklärung zur Unternehmensführung der Gesellschaft und des Konzerns, die als Abschnitt „Erklärung/Konzernerklärung zur Unternehmensführung (§§ 289f und 315d HGB)“ des zusammengefassten Lageberichts enthalten ist, und
- die im zusammengefassten Lagebericht enthaltenen lageberichts-fremden und als ungeprüft gekennzeichneten Angaben.

Unsere Prüfungsurteile zum Jahresabschluss und zum zusammengefassten Lagebericht erstrecken sich nicht auf die sonstigen Informationen, und dementsprechend geben wir weder ein Prüfungsurteil noch irgendeine andere Form von Prüfungsschlussfolgerung hierzu ab.

Im Zusammenhang mit unserer Prüfung haben wir die Verantwortung, die oben genannten sonstigen Informationen zu lesen und dabei zu würdigen, ob die sonstigen Informationen

- wesentliche Unstimmigkeiten zum Jahresabschluss, zu den inhaltlich geprüften Angaben im zusammengefassten Lagebericht oder unseren bei der Prüfung erlangten Kenntnissen aufweisen oder
- anderweitig wesentlich falsch dargestellt erscheinen.

Verantwortung der gesetzlichen Vertreter und des Aufsichtsrats für den Jahresabschluss und den zusammengefassten Lagebericht

Die gesetzlichen Vertreter sind verantwortlich für die Aufstellung des Jahresabschlusses, der den deutschen, für Kapitalgesellschaften geltenden handelsrechtlichen Vorschriften in allen wesentlichen Belangen entspricht, und dafür, dass der Jahresabschluss unter Beachtung der deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Gesellschaft vermittelt. Ferner sind die gesetzlichen Vertreter verantwortlich für die internen Kontrollen, die sie in Übereinstimmung mit den deutschen Grundsätzen ordnungsmäßiger Buchführung als notwendig bestimmt haben, um die Aufstellung eines Jahresabschlusses zu ermöglichen, der frei von wesentlichen falschen Darstellungen

aufgrund von dolosen Handlungen (d. h. Manipulationen der Rechnungslegung und Vermögensschädigungen) oder Irrtümern ist.

Bei der Aufstellung des Jahresabschlusses sind die gesetzlichen Vertreter dafür verantwortlich, die Fähigkeit der Gesellschaft zur Fortführung der Unternehmenstätigkeit zu beurteilen. Des Weiteren haben sie die Verantwortung, Sachverhalte in Zusammenhang mit der Fortführung der Unternehmenstätigkeit, sofern einschlägig, anzugeben. Darüber hinaus sind sie dafür verantwortlich, auf der Grundlage des Rechnungslegungsgrundsatzes der Fortführung der Unternehmenstätigkeit zu bilanzieren, sofern dem nicht tatsächliche oder rechtliche Gegebenheiten entgegenstehen.

Außerdem sind die gesetzlichen Vertreter verantwortlich für die Aufstellung des zusammengefassten Lageberichts, der insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage der Gesellschaft vermittelt sowie in allen wesentlichen Belangen mit dem Jahresabschluss in Einklang steht, den deutschen gesetzlichen Vorschriften entspricht und die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend darstellt. Ferner sind die gesetzlichen Vertreter verantwortlich für die Vorkehrungen und Maßnahmen (Systeme), die sie als notwendig erachtet haben, um die Aufstellung eines zusammengefassten Lageberichts in Übereinstimmung mit den anzuwendenden deutschen gesetzlichen Vorschriften zu ermöglichen, und um ausreichende geeignete Nachweise für die Aussagen im zusammengefassten Lagebericht erbringen zu können.

Der Aufsichtsrat ist verantwortlich für die Überwachung des Rechnungslegungsprozesses der Gesellschaft zur Aufstellung des Jahresabschlusses und des zusammengefassten Lageberichts.

Verantwortung des Abschlussprüfers für die Prüfung des Jahresabschlusses und des zusammengefassten Lageberichts

Unsere Zielsetzung ist, hinreichende Sicherheit darüber zu erlangen, ob der Jahresabschluss als Ganzes frei von wesentlichen falschen Darstellungen aufgrund von dolosen Handlungen oder Irrtümern ist, und ob der zusammengefasste Lagebericht insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage der Gesellschaft vermittelt sowie in allen wesentlichen Belangen mit dem Jahresabschluss sowie mit den bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnissen in Einklang steht, den deutschen gesetzlichen Vorschriften entspricht und die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend darstellt, sowie einen Bestätigungsvermerk zu erteilen, der unsere Prüfungsurteile zum Jahresabschluss und zum zusammengefassten Lagebericht beinhaltet.

Hinreichende Sicherheit ist ein hohes Maß an Sicherheit, aber keine Garantie dafür, dass eine in Übereinstimmung mit § 317 HGB und der EU-APrVO unter Beachtung der vom Institut der Wirtschaftsprüfer (IDW) festgestellten deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Abschlussprüfung durchgeführte Prüfung eine wesentliche falsche Darstellung stets aufdeckt. Falsche Darstellungen können aus dolosen Handlungen oder Irrtümern resultieren und werden als wesentlich angesehen, wenn vernünftigerweise erwartet werden könnte, dass sie einzeln oder insgesamt die auf der Grundlage dieses Jahresabschlusses und zusammengefassten Lageberichts getroffenen wirtschaftlichen Entscheidungen von Adressaten beeinflussen.

Während der Prüfung üben wir pflichtgemäßes Ermessen aus und bewahren eine kritische Grundhaltung. Darüber hinaus

- identifizieren und beurteilen wir die Risiken wesentlicher falscher Darstellungen im Jahresabschluss und im zusammengefassten Lagebericht aufgrund von dolosen Handlungen oder Irrtümern, planen und führen Prüfungshandlungen als Reaktion auf diese Risiken durch sowie erlangen Prüfungsnachweise, die ausreichend und geeignet sind, um als Grundlage für unsere Prüfungsurteile zu dienen. Das Risiko, dass eine aus dolosen Handlungen resultierende wesentliche falsche Darstellung nicht aufgedeckt wird, ist höher als das Risiko, dass eine aus Irrtümern resultierende wesentliche falsche Darstellung nicht aufgedeckt wird, da dolose Handlungen kollusives Zusammenwirken, Fälschungen, beabsichtigte Unvollständigkeiten, irreführende Darstellungen bzw. das Außerkraftsetzen interner Kontrollen beinhalten können.
- erlangen wir ein Verständnis von den für die Prüfung des Jahresabschlusses relevanten internen Kontrollen und den für die Prüfung des zusammengefassten Lageberichts relevanten Vorkehrungen und Maßnahmen, um Prüfungshandlungen zu planen, die unter den Umständen angemessen sind, jedoch nicht mit dem Ziel, ein

Prüfungsurteil zur Wirksamkeit der internen Kontrollen der Gesellschaft bzw. dieser Vorkehrungen und Maßnahmen abzugeben.

- beurteilen wir die Angemessenheit der von den gesetzlichen Vertretern angewandten Rechnungslegungsmethoden sowie die Vertretbarkeit der von den gesetzlichen Vertretern dargestellten geschätzten Werte und damit zusammenhängenden Angaben.
- ziehen wir Schlussfolgerungen über die Angemessenheit des von den gesetzlichen Vertretern angewandten Rechnungslegungsgrundsatzes der Fortführung der Unternehmenstätigkeit sowie, auf der Grundlage der erlangten Prüfungsnachweise, ob eine wesentliche Unsicherheit im Zusammenhang mit Ereignissen oder Gegebenheiten besteht, die bedeutsame Zweifel an der Fähigkeit der Gesellschaft zur Fortführung der Unternehmenstätigkeit aufwerfen können. Falls wir zu dem Schluss kommen, dass eine wesentliche Unsicherheit besteht, sind wir verpflichtet, im Bestätigungsvermerk auf die dazugehörigen Angaben im Jahresabschluss und im zusammengefassten Lagebericht aufmerksam zu machen oder, falls diese Angaben unangemessen sind, unser jeweiliges Prüfungsurteil zu modifizieren. Wir ziehen unsere Schlussfolgerungen auf der Grundlage der bis zum Datum unseres Bestätigungsvermerks erlangten Prüfungsnachweise. Zukünftige Ereignisse oder Gegebenheiten können jedoch dazu führen, dass die Gesellschaft ihre Unternehmenstätigkeit nicht mehr fortführen kann.
- beurteilen wir Darstellung, Aufbau und Inhalt des Jahresabschlusses insgesamt einschließlich der Angaben sowie ob der Jahresabschluss die zugrunde liegenden Geschäftsvorfälle und Ereignisse so darstellt, dass der Jahresabschluss unter Beachtung der deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Gesellschaft vermittelt.
- beurteilen wir den Einklang des zusammengefassten Lageberichts mit dem Jahresabschluss, seine Gesetzesentsprechung und das von ihm vermittelte Bild von der Lage des Unternehmens.
- führen wir Prüfungshandlungen zu den von den gesetzlichen Vertretern dargestellten zukunftsorientierten Angaben im zusammengefassten Lagebericht durch. Auf Basis ausreichender geeigneter Prüfungsnachweise vollziehen wir dabei insbesondere die den zukunftsorientierten Angaben von den gesetzlichen Vertretern zugrunde gelegten bedeutsamen Annahmen nach und beurteilen die sachgerechte Ableitung der zukunftsorientierten Angaben aus diesen Annahmen. Ein eigenständiges Prüfungsurteil zu den zukunftsorientierten Angaben sowie zu den zugrunde liegenden Annahmen geben wir nicht ab. Es besteht ein erhebliches unvermeidbares Risiko, dass künftige Ereignisse wesentlich von den zukunftsorientierten Angaben abweichen.

Wir erörtern mit den für die Überwachung Verantwortlichen unter anderem den geplanten Umfang und die Zeitplanung der Prüfung sowie bedeutsame Prüfungsfeststellungen, einschließlich etwaiger bedeutsamer Mängel in internen Kontrollen, die wir während unserer Prüfung feststellen.

Wir geben gegenüber den für die Überwachung Verantwortlichen eine Erklärung ab, dass wir die relevanten Unabhängigkeitsanforderungen eingehalten haben, und erörtern mit ihnen alle Beziehungen und sonstigen Sachverhalte, von denen vernünftigerweise angenommen werden kann, dass sie sich auf unsere Unabhängigkeit auswirken, und sofern einschlägig, die zur Beseitigung von Unabhängigkeitsgefährdungen vorgenommenen Handlungen oder ergriffenen Schutzmaßnahmen.

Wir bestimmen von den Sachverhalten, die wir mit den für die Überwachung Verantwortlichen erörtert haben, diejenigen Sachverhalte, die in der Prüfung des Jahresabschlusses für den aktuellen Berichtszeitraum am bedeutsamsten waren und daher die besonders wichtigen Prüfungssachverhalte sind. Wir beschreiben diese Sachverhalte im Bestätigungsvermerk, es sei denn, Gesetze oder andere Rechtsvorschriften schließen die öffentliche Angabe des Sachverhalts aus.

Sonstige gesetzliche und andere rechtliche Anforderungen

Vermerk über die Prüfung der für Zwecke der Offenlegung erstellten elektronischen Wiedergaben des Jahresabschlusses und des zusammengefassten Lageberichts nach § 317 Abs. 3a HGB

Prüfungsurteil

Wir haben gemäß § 317 Abs. 3a HGB eine Prüfung mit hinreichender Sicherheit durchgeführt, ob die in der bereitgestellten Datei „Draeger_EA_LB_ESEF-2025-12-31.zip“ (SHA256-Hashwert: 28fc580c832ce3cd1a13de5fa1556642cc72d813c90215f2cf9939d957e6b886) enthaltenen und für Zwecke der Offenlegung erstellten Wiedergaben des Jahresabschlusses und des zusammengefassten Lageberichts (im Folgenden auch als „ESEF-Unterlagen“ bezeichnet) den Vorgaben des § 328 Abs. 1 HGB an das elektronische Berichtsformat („ESEF-Format“) in allen wesentlichen Belangen entsprechen. In Einklang mit den deutschen gesetzlichen Vorschriften erstreckt sich diese Prüfung nur auf die Überführung der Informationen des Jahresabschlusses und des zusammengefassten Lageberichts in das ESEF-Format und daher weder auf die in diesen Wiedergaben enthaltenen noch auf andere in der oben genannten Datei enthaltene Informationen.

Nach unserer Beurteilung entsprechen die in der oben genannten bereitgestellten Datei enthaltenen und für Zwecke der Offenlegung erstellten Wiedergaben des Jahresabschlusses und des zusammengefassten Lageberichts in allen wesentlichen Belangen den Vorgaben des § 328 Abs. 1 HGB an das elektronische Berichtsformat. Über dieses Prüfungsurteil sowie unsere im voranstehenden „Vermerk über die Prüfung des Jahresabschlusses und des zusammengefassten Lageberichts“ enthaltenen Prüfungsurteile zum beigefügten Jahresabschluss und zum beigefügten zusammengefassten Lagebericht für das Geschäftsjahr vom 1. Januar bis zum 31.12.2025 hinaus geben wir keinerlei Prüfungsurteil zu den in diesen Wiedergaben enthaltenen Informationen sowie zu den anderen in der oben genannten Datei enthaltenen Informationen ab.

Grundlage für das Prüfungsurteil

Wir haben unsere Prüfung der in der oben genannten bereitgestellten Datei enthaltenen Wiedergaben des Jahresabschlusses und des zusammengefassten Lageberichts in Übereinstimmung mit § 317 Abs. 3a HGB unter Beachtung des IDW Prüfungsstandards: Prüfung der für Zwecke der Offenlegung erstellten elektronischen Wiedergaben von Abschlüssen und Lageberichten nach § 317 Abs. 3a HGB (IDW PS 410 (06.2022)) und des International Standard on Assurance Engagements 3000 (Revised) durchgeführt. Unsere Verantwortung danach ist im Abschnitt „Verantwortung des Abschlussprüfers für die Prüfung der ESEF-Unterlagen“ weitergehend beschrieben. Unsere Wirtschaftsprüferpraxis hat den IDW Qualitätsmanagementstandard: Anforderungen an das Qualitätsmanagement in der Wirtschaftsprüferpraxis (IDW QMS 1 (09.2022)) angewendet.

Verantwortung der gesetzlichen Vertreter und des Aufsichtsrats für die ESEF-Unterlagen

Die gesetzlichen Vertreter der Gesellschaft sind verantwortlich für die Erstellung der ESEF-Unterlagen mit den elektronischen Wiedergaben des Jahresabschlusses und des zusammengefassten Lageberichts nach Maßgabe des § 328 Abs. 1 Satz 4 Nr. 1 HGB.

Ferner sind die gesetzlichen Vertreter der Gesellschaft verantwortlich für die internen Kontrollen, die sie als notwendig erachten, um die Erstellung der ESEF-Unterlagen zu ermöglichen, die frei von wesentlichen – beabsichtigten oder unbeabsichtigten – Verstößen gegen die Vorgaben des § 328 Abs. 1 HGB an das elektronische Berichtsformat sind.

Der Aufsichtsrat ist verantwortlich für die Überwachung des Prozesses der Erstellung der ESEF-Unterlagen als Teil des Rechnungslegungsprozesses.

Verantwortung des Abschlussprüfers für die Prüfung der ESEF-Unterlagen

Unsere Zielsetzung ist, hinreichende Sicherheit darüber zu erlangen, ob die ESEF-Unterlagen frei von wesentlichen – beabsichtigten oder unbeabsichtigten – Verstößen gegen die Anforderungen des § 328 Abs. 1 HGB sind. Während der Prüfung üben wir pflichtgemäßes Ermessen aus und bewahren eine kritische Grundhaltung. Darüber hinaus

- identifizieren und beurteilen wir die Risiken wesentlicher – beabsichtigter oder unbeabsichtigter – Verstöße gegen die Anforderungen des § 328 Abs. 1 HGB, planen und führen Prüfungshandlungen als Reaktion auf diese Risiken durch sowie erlangen Prüfungsnachweise, die ausreichend und geeignet sind, um als Grundlage für unser Prüfungsurteil zu dienen.
- gewinnen wir ein Verständnis von den für die Prüfung der ESEF-Unterlagen relevanten internen Kontrollen, um Prüfungshandlungen zu planen, die unter den gegebenen Umständen angemessen sind, jedoch nicht mit dem Ziel, ein Prüfungsurteil zur Wirksamkeit dieser Kontrollen abzugeben.
- beurteilen wir die technische Gültigkeit der ESEF-Unterlagen, d. h. ob die die ESEF-Unterlagen enthaltende bereitgestellte Datei die Vorgaben der Delegierten Verordnung (EU) 2019/815 in der zum Abschlussstichtag geltenden Fassung an die technische Spezifikation für diese Datei erfüllt.
- beurteilen wir, ob die ESEF-Unterlagen eine inhaltsgleiche XHTML-Wiedergabe des geprüften Jahresabschlusses und des geprüften zusammengefassten Lageberichts ermöglichen.

Übrige Angaben gemäß Artikel 10 EU-APrVO

Wir wurden von der Hauptversammlung am 9. Mai 2025 als Abschlussprüfer gewählt. Wir wurden am 19. September 2025 vom Aufsichtsrat beauftragt. Wir sind ununterbrochen seit dem Geschäftsjahr 2024 als Abschlussprüfer der Drägerwerk AG & Co. KGaA tätig.

Wir erklären, dass die in diesem Bestätigungsvermerk enthaltenen Prüfungsurteile mit dem zusätzlichen Bericht an den Prüfungsausschuss nach Artikel 11 EU-APrVO (Prüfungsbericht) in Einklang stehen.

Sonstiger Sachverhalt – Verwendung des Bestätigungsvermerks

Unser Bestätigungsvermerk ist stets im Zusammenhang mit dem geprüften Jahresabschluss und dem geprüften zusammengefassten Lagebericht sowie den geprüften ESEF-Unterlagen zu lesen. Der in das ESEF-Format überführte Jahresabschluss und zusammengefasste Lagebericht – auch die in das Unternehmensregister einzustellenden Fassungen – sind lediglich elektronische Wiedergaben des geprüften Jahresabschlusses und des geprüften zusammengefassten Lageberichts und treten nicht an deren Stelle. Insbesondere ist der ESEF-Vermerk und unser darin enthaltenes Prüfungsurteil nur in Verbindung mit den in elektronischer Form bereitgestellten geprüften ESEF-Unterlagen verwendbar.

Verantwortlicher Wirtschaftsprüfer

Der für die Prüfung verantwortliche Wirtschaftsprüfer ist Hartmut Heckert.

Hamburg, den 3. März 2026

KPMG AG
Wirtschaftsprüfungsgesellschaft

gez. Heckert
Wirtschaftsprüfer

gez. Zwingmann
Wirtschaftsprüferin

Impressum

Drägerwerk AG & Co. KGaA

Moislinger Allee 53 – 55

23558 Lübeck

www.draeger.com

www.facebook.com/DraegerGlobal

www.linkedin.com/company/draeger

www.youtube.com/Draeger

www.instagram.com/draeger.global

Communications

Tel. + 49 451 882 – 3202

Fax + 49 451 882 – 3944

Investor Relations

Tel. + 49 451 882 – 2685

Fax + 49 451 882 – 3296

Veröffentlichung

24. März 2026